

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. November 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 136

Friedrich Engels' Sendung

Ein Gedenkblatt zum hundertsten Geburtstag von Friedrich Engels am 28. November 1920.

In diesen späten Novembertagen, die grau und trübselig auf uns lauten, erlebt der Geist noch einmal seine Heimkehr. Müde einer Welt, die vom Schicksale gezeichnet, flüchtet er sich in die Gefilde reiner, abgekürzter Menschlichkeit, in die Gemelnschaft der großen Kämpfer und Führer vergangener Zeiten. Was bedeutungsvoll und unvergänglich an ihnen war, erscheint uns, von aller Erdenkliche befreit, als Vorbild und Weisheit, dem nachzustreben allen Suchenden festliche Kraft und Schwingen zu geben vermag. Solcher besseren Eingebung folgend, wird uns das Leben und Wirken Friedrich Engels', des wissenschaftlichen Mitbegründers des modernen Sozialismus, heute, an seinem hundertsten Geburtstag, zur heilsamen Genugung.

Vor hundert Jahren! Es waren Zeiten, die, wie die unrigen, unter tausendfachen Mühen, Hoffnungen und Enttäuschungen ein Neues gebären wollten. Die große französische Revolution hatte den von überlebten Formen erstarrten Körper Europas tiefinnerst aufgewühlt. Frankreich und England stellten im Kampfe der Weltanschauungen das Latzproblem in den Vordergrund. Die in beiden Ländern von der fortgeschrittenen Industrialisierung entseffelten Mächte gingen im Vereine mit einer vor zeitgeliebten Forderungen nicht zurückbleibenden Wissenschaft der Zeitenwende als Wegbereiter voran. Auch in Deutschland, dessen ökonomische Verhältnisse noch auf ärmlich-agrarischer Grundlage fundiert waren, suchte sich der Geist frei zu schaffen. Goethe und Schiller erhoben sich als Vertreter des klassischen Idealismus auf einlamer Höhe. Abwärts trüben die Romantiker von der blauen Blume, von mittelalterlicher Mythik. Eins wußten sie sich in der Anerkennung des Individuums, das dem zu Ende gehenden aufgekärten Despotismus Friedrichs des Großen für nichts galt. Ein spärlicher Versuch zur Mündigkeitserklärung des Untertanenvolks, erhielt er durch die napoleonischen Kriege erheblichen Nachdruck. In Recht, Staatslehre, Religion und Sitte brachen sich trotz rückschrittlicher Tendenzen neue Ideen Bahn.

Eine philosophische und soziale Ara fleg um die Jahrhundertwende im Reiche der Dichter und Denker verheißungsvoll auf. Kant, Fichte und Hegel wirkten revolutionierend. Alle göttlichen und menschlichen Autoritäten vom Throne stürzend, entseffelten sie den freien, souveränen Geist. Und das ist das Bedeutende: Die deutsche klassische Philosophie, die sie verkörpern, bildete die Vorstufe des Sozialismus Marx-Engels'scher Prägung, sie war der Eckstein zum Befreiungswerke des Proletariats. Noch aber war es nicht so weit. Höchste und niedrigste Gewalten rangen miteinander. Hier unter christlich-germanischer Flagge, dort mit dem offenen Wiler des freien, aufrechten Mannes. Den „Belagerungszustand deutscher Nation“ hat man diesen Zeitalter genannt, und er sollte so lange dauern, bis man das deutsche Volk frei von revolutionären Geistes wühlte!

In diese gärende, kampfdurchtobte Welt hinein wurde am 28. November 1820 ein Knabe geboren, dem das Schicksal die hehrste Mission des Jahrhunderts zubestimmt hatte: Friedrich Engels! Schon in den Erklärungs Jahren ein Auerfülltsein, ein Weiden und Anklagen! Vom reichgedeckten väterlichen Tisch hinweg zur ruhgeschwängerten Fabrik, zur Armut und Glendigkeit des Wuppertaler Textilreviers. Der Kapitalismus, das Maschinenzeitalter, hatte hier zuerst seine Gangarme roh und unbarmerzig ausgebreitet, hier zuerst mußte sich das Gewissen gegen die mißhandelte Menschheit aufbäumen. Gleich den Eltern in religiösem Dogmenglauben besangen, doch ein beweglicher, allumfassender Geist, uagt dem Jünglinge der Zweifel am Herzen. Zweifel an der Gottheit, Zweifel an der Volkshomogenheit der Weltordnung. Mit jugendlichem Instemum stürzt er in die Arena der geistigen und politischen Freiheitkämpfer. Er kann nicht schlafen vor lauter Ideen des Jahrhunderts. Hegel, der Philosoph des Welt-

geistes, genügt ihm nicht mehr; bis ans Ende will er sich zu religiöser Befreiheit durchringen. Feuerbach und Strauß werden ihm zur neuen Offenbarung. Doch die Befriedigung der Seele findet er nicht. Er befiehlt: „Die tausend Saken, mit denen man am Allen hing, lassen los und haken sich wo anders ein.“

Nach den religiösen die politischen Grühkämpfe. Erst ein Sympathisieren mit den schwarz-rot-goldenen Farben, dann mit kühnem Schwunge zum westeuropäischen Radikalismus. Die Halben und Satten sind dem Vorwärtsstürmenden verhasst, seitdem er sich dem „jungen Deutschland“ unter Börnes Führung in die Arme geworfen. Sturm und Drang ist in ihm; er schreibt „wiltchen Journal und Hauptbuch“ Revolutionsfonette, es treibt ihn zur Tat, zur menschlichbefreienden Tat! Moritz Seb, ein Zeitgenosse, stellt unwägen Gedankengänge zur Diskussion: Nicht der Staat, sondern die Gesellschaft ist das Entscheidende im weltgeschichtlichen Geschehen! Die deutsche Philosophie ist nur eine Philosophie des Wissens, keine der Tat! Andre, Lorenz Stein und der Schneidergeselle Weltling, lenken die Aufmerksamkeit auf die Pariser Kommunismenbewegung. Von England kommen Feuerzeichen. Neue Erkenntnisse, neue Bindungen, neue Bindungen! So wollte er ein Samenfeld werden, ein Revolutionär, ein Anwalt der Entrechteten, Bedrückten.

Als Zweihundzwanzigjähriger vom Vater nach England geschickt, „eine kaufmännische Laufbahn abzuschließen“, geht dem jungen Engels jenseits des Kanals eine neue Welt auf. Was kürzer? Er: „dübdische Kommerz“, was Selmat und vermoderte Avertisierung! Größere Pflichten harren seiner, Pflichten gegen sich selbst, Pflichten um der heiligen Sache, um der unterdrückten Klasse willen. Mit Rienschriften war in England der Kapitalismus vorangeilf. Hof und Verhämmerung, die sich in den Industriedistrikten eingekiffet, hatten das Proletariat zu sammengeschwehlt. Die sozialen Kämpfe tobten mit unerhörter Leidenschaft. Und Friedrich Engels? Er sucht in die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse einzudringen, er geht den ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen und Wirkungen nach, er legt die Gegenläge zwischen Kapital und Arbeit bloß. Kommenden Dingen, der sozialen Revolution, steht er in herrlichem Gedankenflug voraus. Er ist froh und stolz, die Vorrechte seiner Geburt und seines Besitzes preisgegeben zu haben, um seine Mühsunden einsachen Arbeitern zu widmen. Und er schreibt mit dem Herzblute sein erstes bedeutungsvolles Buch: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“. „Ich fand, daß ihr mehr leid als bloß Engländer, bloß Glieder einer einzigen, vereinigten Nation; ich fand euch als Menschen, als Glieder der großen allgemeinen Familie der Menschheit, die wissen, daß ihr Interesse und das der ganzen Familie der Menschheit zusammenfallen“. So widmet er diese furchtbare Anklageschrift der Welt.

Aber Paris führt ihn der Weg in die Selmat. In der Hauptkiff der Weltrevolution das entscheidende Erlebnis, das Bündnis mit Marx! Karl Marx! Wie Engels ein junger Brauwind, ein Feuerkopf, ein Titan des Geistes! Beide geeint im Glauben an die kurzdrohende Herrschaft der kapitalistischen Weltordnung, an den Endsieg des Proletariats. Beide verschieden organisierte Naturen. Engels, die Jungflegelgedalt, der frei- und frohbelchwinge Feld, der mühelos die Hindernisse überwindet, der fakenluftige, wurzelhafte Mensch. Marx, die faulliche Natur, der Ahasverus, den der vulkanische, schwerfällige Geist ruhelos umhertreibt, nicht eher rastend, bis er zur letzten, höchsten Erscheinungswelt vorgezungen. Wer der größere von beiden? Müßige Frage, fetschfertige Verkennung beider Wesen, beider Werk! So Engels von Marx: „Weil ich gemacht war, die zweite Violine zu spielen“. So Marx von Engels: „Dah ich immer Deinen Fußstapfen folge!“ Genug! Der Freundschaftsbund der Diasturen, der Bund ohne Gleichen, war geschlossen. Zwei Menschen hatten sich gefunden in der einen Sendung, den Anbruch eines neuen Tausendjährigen Reiches vorzubereiten.

Trennungstrich mit dem Avertierten, Abrechnung mit der deutschen Ideologie! Der erste Bruch mit der rein

spekulativen Philosophie Hegels und den Junghegelianern erfolgt in der von Marx und Engels gemeinsam verfaßten Galtre: „Die heilige Familie“. Viel Angereimtes, Widerspruchvolles, Improvisiertes ist dabei, die Lust am Kämpfen und Siegen macht sich geltend, überschlägt sich, kann sich nicht genug tun. Was machts? Edeltes, Wesentliches bleibt: die Keimzelle des „historischen Materialismus“! Und weiterhin, ihr eigenes philosophisches Gewissen bekämpfend, im Winter 1845/46 das umfangreiche Manuskript „Die deutsche Ideologie“. Belanglos, daß sie es der „nagenden Kritik der Mäule“ überlassen müssen, der Hauptzweck, die „Selbstverständigung“, ist erreicht, der einigende, einzig befehlende Wunsch und Wille zu dem Anfang 1848 veröffentlichten „Kommunistischen Manifest“, jenem Werk, in dem die materialistische Gesellschaftsauffassung für alle Zeiten und für alle Völker ihren klassischen Ausdruck gefunden hat. Nichts ist darin enthalten, daß beide Freunde nicht gemeinsam durchdacht und formuliert hätten; nichts, was nicht Geist vom Geist Engels-Marr. Und Friedrich Engels aber hat seinen philosophischen, seinen sozialistischen Grundgehalt auf die klarste, knappste Formel gebracht:

Die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Überlieferung einer jeden Gesellschaftsperiode bildet die Grundlage für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche. Demgemäß ist seit Auflösung des uralten Gemeinbundes an Grund und Boden die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, Kämpfe zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden; beherrschten und beherrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der Entwicklung. Dieser Kampf aber hat jede Stufe erreicht, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien.

Die Tat! In Brüssel und Paris gemeinsame Unterminierung des mit Exploivstoff angefüllten Europas. Mit übermenschlichen Kräften vereintschaffend an sozialistischen Hebenzeitalter. Feib geht der Atem in jenen schicksalsschweren Tagen. Da, 1847 in Österreich, der Anfang vom Ende. Wirtschaftskrise, Hunger, steigende Gegenläge; alles bereitet sich vor, alles wie man's gehofft und erwartet. Sie mußte ja kommen, die fortwährende, fortwirkende Tat. Und sie kam. „Im Hochland fiel der erste Schuß...“ 1848! O Jahr der Hoffnung, Jahr der Menschheit! Februarrevolution in Paris! Märztag in Berlin, in Preußen, in Deutschland! Allüberall entzündete sich der Brand, allüberall rang sich die Menschheit frei. Und Marx und Engels? Kann sich ein Mensch zerteilen, kann er überall dabei sein? Kann er tausend Tode sterben für die eine, einzige Sache? Sie können es! So nennt sie Märztag, nennt sie Quittfürme, nennt sie, wie ihr wollt — es war eine große, gewaltige Zeit, würdig derer, die sie kommen haben, die sie vorbereiteten, die Leib und Leben dafür einsetzten: Karl Marx und Friedrich Engels! —

Doch ein Stärkerer kam, ein Überwinder, ein Amokläufer! Mächte der Finsternis, Mächte des Rückschritts rangen das stolze, auserwählte Säuflein nieder. Kirchhofsrube, ärgste Reaktion kehrten im Lande ein. Vorbei der Traum vom Tausendjährigen Reiche, vorbei die Sehnucht nach dem neuen Jerusalem? Nimmermehr! Verfolgt, verfehmt leben wir die Märtyrer der Freiheit, die beiden Diasturen, in England. Das Vaterland hat sie verjagt. Das Vaterland? Haben sie ein Vaterland, sie, die der ganzen Menschheit zugeweiht? Murr! nicht darüber. Schicksal, Vorhebung! Zum letzten entscheidenden Vorstoße gilt es zu rüsten, gilt es, geistige Bausteine herbeizutragen. Marx, im British Museum den Grund alles gesellschaftlichen Seins erforschend, Engels, vom „verfluchten Kommerz“ abermals ins Foch gezwungen, ihm Brot und geistige Zuspeisung reichend, so leben wir sie jahrelang, ein Menschenalter lang! Denkt nicht, daß eins nicht so wichtig sei wie das andre. Es ist Karl Marx' und Friedrich Engels' Sendung!

Leipzig,

Wilhelm Gule.

Die Tagung des Tarifausschusses

6. Die neue Steuerzulage

Das Schmerzenskind des Bierwochenrennens bilden die 10, 15 und 20 Mk., die am 3. November nach unerbittlichen Versuchen auf Abnahme mit größtem Widerstreben von der Gehilfenvertretung abgelehrt worden sind und nun als neue Steuerzulage deklariert werden. Wir wissen, daß und wie sich allenfalls Enttäuschung darüber regt, mit solchen geringfügigen Beträgen gegen die von neuem sich verhängende Notlage der Arbeiter und Minderbemittelten etwas ausrichten zu lassen. Aus den Berichtsberichten folgt Aufregung, wie von voriger Nummer an erkennbar wird. Die Gehilfenvertreter erhalten ungerechtfertigte Vorwürfe über mangelnde Aktivistik usw. Die Prinzipale aber bekommen in gepfeffelter Neuauflage das zu hören, was ihnen schon während des ersten Verhandlungsschnittes in allen Tonarten gesagt worden ist. Besonders erstaunt werden wohl die Provinzvertreter der Prinzipale sein, die manchmal in fast aufreizender Art und Weise von den erträglichen Lebensverhältnissen bei ihnen zu Hause Schilderungen entwarfen.

So berechtigt aus dem Munde der Kollegen heraus diese gar kräftigen Töne des Protestes und der Beurteilung sind, richtig ist so manches nicht von den vorgeschriebenen Argumenten, und am allerwenigsten würde es richtig sein, wenn diese unmöglich bis zum 31. März 1921 dauernde neue Steuerzulage zum Anlaß genommen würde, über den gesamten neuen Tarif den Stab zu brechen. Dadurch würde ein Zustand der Tariflosigkeit geschaffen, bei dem sehr leicht die mannigfachen und zum Teil weitgehenden Verbesserungen des neuen Tarifs aufzulegen könnten, denn die über die Beschlüsse im zweiten Verhandlungsschnitt aufgetragenen Prinzipale würden alles versuchen, es dahin kommen zu lassen. Im Zeichen einer starken wirtschaftlichen Krise mit großer Arbeitslosigkeit in vielen Teilen des Reiches ist auch über das, was nach der ersten Aufwühlung eintritt, ernstlich nachzudenken. Die Buchdrucker sind keine Elektrizitäts-, Gas- und ähnliche Arbeiter, die immer über der Situation stehen, wir leiden vielmehr unter starker Abhängigkeit von allem.

Solche Erwägungen werden auch unsre Berliner Kollegen geteilt haben, als sie am 22. November die Berichterstattung über die Tarifverhandlungen in einer Generalversammlung entgegennahmen. Es wurden die ersten Verbesserungen im neuen Tarif gegen die schlechte Steuerzulage abgewogen, manches, was nicht in Erfüllung ging (Arbeitszeitverkürzung usw.), wurde mißfällig beurteilt, aber die Anstrengungen der oppositionellen Redner blieben doch vergeblich, und die von einem dieser Kollegen eingebrachte Resolution, laut welcher erneute Verhandlungen um eine Steuerzulage von 50 Mk., weiter Ablehnung der Tarifgemeinschaft und Befolgung an den politischen Kämpfen im revolutionären Sinne gefordert wurden, fand mit großer Mehrheit Ablehnung! Am 8. November hatten bereits die Bezirksversammlungen im Gau Berlin das geringe Ergebnis der Verhandlungen über die neue Steuerzulage entgegengenommen, und schon da ging die Beurteilung von ganz nüchternen Erwägungen aus. Die Berliner Prinzipale dagegen verurteilten in einer Versammlung am 5. November, daß die Entschädigung für Ausrüstung nicht sofort ganz bewilligt worden ist, während sie in einer einstimmig gefassten Entschließung Enttäuschung darüber äußerten, daß es überhaupt zu einer abermaligen Lohnerhöhung gekommen ist, die das Gewerbe nur weiter ruinieren werde und zu noch größerer Arbeitslosigkeit führen müsse. Das Verbot dabei von dem „Rückgang vieler Preise auf dem Lebensmittelmärkte“ mußte gerade für Berliner Verhältnisse wie eigne Verhöhnung an, denn unter Berufung auf die sehr hohen Preise in Berlin wurde für die Sitzungen des Sachausschusses deren Abhaltung in anderen Orten gewünscht. In der Berliner Prinzipalversammlung fand der „außerordentliche Widerstand der Gehilfenchaft“ sogar Hervorhebung.

Es war auf jeden Fall eine unglückliche Verkettung von Umständen, daß wir die Beratungen über den Abschluß eines neuen Tarifs mit der Forderung nach einer neuen Steuerzulage verbinden mußten. Gewiß waren wir dazu verpflichtet auf Grund der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten zwei Monaten, und gleich in der ersten Stunde der Berliner Verhandlungen wurde deshalb von uns vorgehoben. Über das ändert nichts an dem Umfange, daß die Situation dadurch von vornherein sehr verschärft wurde. Wäre es im August noch zu neuen Verhandlungen gekommen, hätten wir mit einem Abbau rechnen müssen, weil vorübergehend eine gewisse Erleichterung eingetreten war. Vor dieser Eventualität ist die Gehilfenchaft bewahrt worden, jetzt aber haben wir eine starke Erleichterung dafür in Kauf nehmen müssen. Das Herausheben einer Steuerzulage ist bei uns immer ein schwieriges Stück Arbeit, im Zusammenhange mit einem neuen Tarif, durch den die Gehilfenchaft materiell wie ideell ein gut Stück vorwärts kommen will, waren wir aber in eine ganz verzwickte Lage geraten. Die Prinzipalität hat sich auf die Parole „Hebung der Produktion“ eingeschworen, wollte so auch der Arbeitslosig-

keit steuern, und hielt deshalb die Forderung einer neuen Steuerzulage damit unvereinbar, denn eine solche werde die Zahl der Arbeitslosen nur noch vermehren. Auch wollte sie zur Behräftigung dieses Standpunktes von einer Druckerpreiserhöhung nichts wissen. Unser Antrag auf Umstellung der Tagesordnung, so daß die Steuerzulage als erster Beratungspunkt genommen und die Schaffung eines neuen Lohntarifs an zweite Stelle treten sollte, wurde also mit Einstimmigkeit abgelehnt. Unsrer Klärung, daß die Gehilfenchaft nach der Bekanntmachung des Tarifants über den Ausfall der vor Ende August vorgelegenen Tagung doch ein Recht habe, zu verlangen, daß zunächst für die Zeit bis Ende dieses Jahres Vorkehrung getroffen werden müsse, hatten nicht verlangt. Der erste Knall-effekt war damit da. Jedoch wurde nicht locker gelassen und am Nachmittage des ersten Tages einfach damit gedroht, wenn die Prinzipale nicht sofort über die Steuerzulagenforderung diskutieren wolle, würden wir das ebenso mit dem neuen Tarif halten.

Daraufhin kamen unsre Referenten zu diesem Punkte zum Wort: ein alter Praktikant aus diesem Gebiet und ein Neuling, der mit besonderem Material aufwartete. Könnten wir die Darlegungen der Redner von beiden Seiten, die nun abwechselnd folgten, in ihren Ausführungen nach den in Nr. 125 veröffentlichten Protokollen erweitern, müßte alles andre aus dieser Nummer fortbleiben. Wir können nur sagen, daß es an Zahlenmaterial und an andern Beweisen für die traurige Lage der Gehilfen wahrlich nicht gefehlt hat. Aus Schmalzkoben konnte sogar berichtet werden, daß dort die Buchdrucker um 70 Mk. sich schlechter stellen als die meisten andern Arbeiter, so daß sie vom Magistrat als Minderbemittelte anerkannt worden sind und nun die entsprechenden Zuwendungen genießen. Anders war es, als von Prinzipalseite ein reiches Ziffernmaterial aus vielen Leipziger Lohnarten vorgelesen wurde, deren Säge (noch dazu als Stundenlöhne) nur selten und dann gering über dem Verdienste der Leipziger Buchdrucker oder mit ihnen gleich- oder unter diesen stehen. Da der Leipziger Gausvorstand eine bis in die letzten Wochen gehende vergleichbare Lohnabelle aufgestellt hatte, so mußte wohl oder übel anerkannt werden, daß die Behauptungen des Prinzipalsredners über die Lohnverhältnisse in dem großen, teuren Leipzig richtig waren. Wir glauben, daß noch öfters Abertreibungen von unsrer Seite betreffs der Löhne anderer Arbeiter eine solche Korrektur erfahren könnten, haben so etwas auch schon früher in Tarifausschlußsitzungen erlebt. Die zentralen Lohnverhandlungen für die Herrenmode- und Damenschneiderei haben Mitte Oktober zu Vereinbarungen geführt, wonach in der obersten Lohnklasse der Stundenlohn (ohne Bezahlung der Feiertage) in 14 Drachmen beträgt: 6,30 Mk. (nur Berlin), 6, 5,75, 5,55, 5,30, 5, 4,90, 4,70, 4,50, 4,25, 4, 3,80, 3,60 Mk. Wir wollen damit nicht verallgemeinern, aber allein dürfte dieses Beispiel doch nicht stehen.

Die Prinzipale suchten natürlich unsre Argumente nach Möglichkeit zu entkräften. Der immer größer werdende Mangel an flüssigen Mitteln, der hohe Bankkredit, die nun zur Auswirkung kommenden neuen Steuergeetze mit ihren hohen Abgaben, die Unrentabilität der Betriebe und andre Umstände fanden Erwähnung. Aber die Forderung von 50 Mk. hätten sie einfach die Sprache verloren. Den Unverheirateten etwas zu geben, wäre ihnen ganz unmöglich. Es kam auch vor, daß ein entgegenkommender redender Prinzipal gleich vom andern abgeführt wurde; die Provinz war der unverkennbar schwere Bremsklotz. Irrendelnen Betrag zu nennen, unterließen die Prinzipale beharrlich.

Wenn von unsrer Seite darauf hingewiesen wurde, daß doch so viele Firmen freiwillig schon höhere Steuerzulagen gewähren, daß von nicht wenigen erklärt worden sei, sie erwarten von den Verhandlungen in Berlin eine namhafte Erhöhung der Löhne usw., so wurde entweder dazu geschwiegen, oder man sagte, damit sei lediglich bewiesen, daß ein kleiner Teil der Betriebe finanziell noch leistungsfähig sei, und die sollten nur mehr gewähren, die Allgemeinheit könne es nicht. Da kam der Geschäftsführer Schliebs, gegen den jetzt vielfach sich großer Zorn entladet, ohne zu bedenken, wie dieser Mann sich jetzt die vollste Anerkennung des gesamten Tarifausschusses mit seiner einfach labellhaften Arbeitsfähigkeit erworben hat, und machte unvernünftig den Vorschlag, auf 25 Mk. herabzugeben, damit man aus der Sachlage herauskomme. Schliebs dachte dabei aber noch an eine Höherentlohnung durch die geplante Ausgleichskasse für Familien mit Kindern. Die Gehilfenvertretung ging auf den Vorschlag von Schliebs nicht ein. Was es Schliebs uns damit aber nicht zurückgeworfen hat, wie es in Berichtsberichten ersieht, mag der in Erfahrung gebrachte Umstand zeigen, daß die Prinzipale inzwischen dazu gekommen waren, 15 Mk. für Verheiratete geben zu wollen, den Lebigen jedoch nichts; so gingen dabei von dem für die Steinbrucker und Lithographen gefällten Schiedspruch aus.

Am dritten Tag erklärten denn auch die Prinzipale, daß sie auf den Vorschlag von Schliebs nicht eingehen könnten. Sie erwähten auch, daß bei früheren Tagungen die Sachlage eine andre gewesen wäre, da habe man die

Steuerzulage mit der Druckerpreiserhöhung in Einklang gebracht. Sie wollten diesmal aber das letztere vermeiden und mühten doch auch erst wissen, welche Belastung ihnen der neue Tarif bringen werde. Unsrer Druckerpreiserferenzen machten ihnen klar, daß es auch ohne eine Erhöhung der Druckerpreise gehen könne. Damit aber kamen sie schon an und mühten viel Gegenargumente hören.

Am viertersten mit den vielen Arbeiten mehr voran zu kommen, andererseits die Möglichkeit nicht unerwähnt zu lassen, im kleineren Kreise über die Hauptwichtigkeiten etwas besser hinwegzukommen, wurde dann vom vierten Tag an in Kommissionen mit bestimmten Arbeitsgebielen weiter verhandelt. Der ersten Kommission waren die Steuerzulage, die Lohnfrage und die Arbeitszeit neben andern Materien zugewiesen. Am fünften Verhandlungstag abends aber war es heraus, daß auch die Hauptkommission nicht weiterarbeiten konnte, denn die Steuerzulage bildete das Haupthindernis zu einer Verständigung und mit ihr die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Es ging sehr ernst zu in der nun schnell zusammengebrachten Plenarverhandlung. Die Gehilfenvertretung erklärte nochmals, wenn über die Steuerzulage Klärung eingetreten sei, dann würde man in den andern Punkten eher mit sich reden lassen. Die Prinzipalität aber hatte noch immer nicht fixiert, was sie als Steuerzulage glaubte gewähren zu können. Es wurde sehr deutlich von unsrer Seite geredet, was von den Prinzipalen als Drohungen aufgefaßt wurde. Die Prinzipale befanden sich auf Hebung der Produktion, obwohl ihnen entgegengesetzt wurde, wie sie sich das dächten, könne es ein einzelnes Gewerbe, zumal das unsrige, nicht bewerkstelligen.

Am andern Morgen (sechster Tag) in der Gehilfenbepredung kam dann die sehr unangenehm überraschende Meldung, daß die Buchbinder über Nacht zu neuen Vereinbarungen gekommen seien, die gegen das, was wir noch glauben erreichen zu können, mißlich genannt werden mußten. Der Schriftl. an das Reichsarbeitsministerium zu geben, wurde hin und her erwogen.

Im Plenum ging es danach noch einmal scharf her. Eine Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen vermochten die Gehilfen nicht mehr zu sehen. Die Prinzipale aber drängten dazu. Die Parteien berieten noch einmal unter sich. Alles wurde erwogen, auch der Umstand, wieviel sich noch verloren gehen könnte, bis ein Schiedspruch gefällt sein würde und dann von den Parteien anerkannt.

Nochmals trat das Plenum zusammen; es war schon wieder Abend geworden. Die Prinzipalität erklärte, sie müsse es ablehnen, gemeinsam mit den Gehilfen an das Reichsarbeitsministerium heranzutreten, denn der Tarifausschluß sei allein die Instanz, die unsre Angelegenheiten zu erledigen habe. Das ausbrechende Gelächter auf unsrer Seite brachte den Prinzipalen zum Bewußtsein, daß das kein logischer Meisterrschluß war. Wenn gerade ihr Verhalten halte es doch unmöglich gemacht, sich im Rahmen des Tarifausschusses zu verständigen. Auf weiteres Verhandeln verzichteten nun beide Teile. Die Verhandlungen waren nach sechstägiger Dauer unterbrochen bis nach Fällung eines Schiedspruches.

Die Gehilfenpartei sah sich also allein zur Anrufung des Schlichtungsausschusses beim Reichsarbeitsministerium gezwungen. Mit großen Hoffnungen wurde unsrerseits dieser Weg nicht bestritten. Das, was sich aus dem in Nr. 112 gebrachten Artikel „Die Lohnpolitik der nächsten Zeit“ (den man jetzt noch einmal aufmerksam lesen sollte) ergibt, konnte unsre Erwartungen nicht hochspannen. Von einer Arbeitgeberverbandzentrale ist bekanntlich die Parole ausgegeben worden, keine Lohnerhöhung mehr zu bewilligen. In einem von derselben verfassten Rundschreiben heißt es, auch die Behörden und Schlichtungsausschüsse hätten sich diese Lösung im allgemeinen zu eigen gemacht. Wo dennoch von ihnen Lohnerhöhungen ausgesprochen würden, sollte der Schiedspruch abgelehnt und dem Vernehmlichmachungsausschuss Kenntnis gegeben werden, daß in Anbetracht der derzeitigen wirtschaftlichen Lage eine Lohnerhöhung nicht gewährt werden könne. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bestand in diesem Rundschreiben auch darauf, daß bei den Jugendlichen und den Unverheirateten mit dem Lohnabbau begonnen werden müsse. Was Schlichtungsausschüsse in letzter Zeit schon alles fertiggebracht haben, zeigt besonders drastisch ein am 29. September in Belgard gefällter Schiedspruch, der die Holzarbeiter in Bublitz betrifft. Es wurden für gelehrte 4 Mk. und für ungelernete Arbeiter 4,25 Mk. Stundenlohn gefordert. Bewältigt wurden bis dahin für die ersteren 4 Mk. und für die letzteren 3,60 bzw. 3,90 Mk. Der Schiedspruch lautete auf 3,75 Mk. für gelehrte und auf 3,50 Mk. für ungelernete Arbeiter, er ging also sogar unter die bestehenden Löhne herunter!

Dazu traten unerfreuliche Wahrnehmungen aus unsrer beruflichen Umgebung. Die Schriftlicher hatten am 9. September ergebnislose Verhandlungen in Frankfurt a. M. gehabt. Das Vorgehen zu diesem Zeitpunkt, zumal es ohne Verständigung mit der Verbandsleitung erfolgte, wurde auf unsrer Gausvorsteherkonferenz mißbilligt. Bei den unter einem unparteiischen juristischen Vorsitzenden vom 26. bis 28. Oktober in Berlin geführten neuen Ver-

Neubestellungen

auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatszettel zu je 10 Pf. monatlich, 1 Mh. zweimonatlich, 1,50 Mh. vierteljährlich u. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt

handlungen haben die Gleberkollegen dann nur 5 Proz. Erhöhung zugesprochen erhalten.

Die Lithographen und Steindrucker haben am 16. Oktober durch Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums nur eine Erhöhung von 15 Mh. für Verheiratete und Ledige mit eigenem Haushalt erzielt; im Schwarzschludruck beträgt die Zulage nur 10 Mh. Die vorhergehenden Verhandlungen für alle Sparten waren ergebnislos gewesen, so daß die Organisation der Lithographen, Steindrucker usw. dazu kam, überhaupt nur 15 Mh. für Verheiratete vor dem Reichsarbeitsamt zu fordern. Da nicht mehr verlangt wurde und über eine gestellte Forderung hinaus von keinem Schlichtungsausschuss gegangen wird, so wurde der verlangte Betrag bewilligt, der nun für Steindruck, Lithographie und Kupferdruck sowie Lichtdruck gezahlt wird. Da vornehm für alle Zweige gar nichts zu erzielen war, so schreibt die „Graphische Presse“, „bedeutet dieser Spruch doch einen Erfolg, der nicht eingehend genug gewürdigt werden kann“.

Die Buchbinder führten am 29. Oktober in Berlin neue Verhandlungen, von deren Staffenden unsere Organisationsleitung überhaupt keine Kenntnis hatte. Was die Buchbinder seit dem Mai d. J., wo sie gleichzeitig mit uns in Leipzig Verhandlungen führten, durchzumachen hatten, ist im „Korr.“ des letzten beschrieben worden. Das nach den Malverhandlungen dann in Eisenach erzielte Abkommen erkannte allein der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer, die Unternehmerorganisation in den Buchbindereigenen, nicht an, die am 17. Juli erfolgte Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts zum Eisenacher Abkommen ebenfalls nicht. Es kam darauf zur Einklagung der fällig gewordenen Lohnhöhungen, was große Schwierigkeiten verursachte. Am 28. Oktober trafen in Berlin die Vertreter der beiderseitigen Organisationen zusammen und einigten sich endlich dahin, daß unter anteiliger Übernahme der gerichtlichen Kosten aus den schwebenden Prozessen die Unternehmerorganisation die Hälfte derjenigen Summen zu zahlen hat, die für die Zeit vom 5. Juli bis 28. Oktober an Mehrlohn von den Buchbindern in Berlin, Leipzig, Stuttgart und München zu beanspruchen ist. Das Eisenacher Abkommen wird also bis dahin nur zur Hälfte und von Ende Oktober an voll erfüllt. Es handelt sich mithin um Nachzahlung einer schon längst fälligen Teuerungszulage. Am 29. Oktober trafen dann die zum „Arbeitsgeberverband der Papierverarbeitenden Industrien, (das sind fünf einzelne Unternehmerverbände) gehörenden Organisationen mit den Vertretern des Buchbinderverbandes zusammen, um über eine das Eisenacher Abkommen erweiternde Lohnvereinbarung zu beraten. Gefordert wurde von Arbeiterseite einbezüglich 1 Mh. für die Arbeiter und 60 Pf. für die Arbeiterinnen pro Stunde mehr. Mit der Klausel, daß für die dem Bunde Deutscher Buchbindernutzungen angehörigen (handwerksmäßigen) Betriebe das bisherige Abkommen bis zum 31. März 1921 bestehen bleibt, wurde diesmal ein anderer Weg beschritten: es wird bis 31. Januar 1921 monatlich eine außerordentliche Beihilfe gewährt. Diese wird jedoch nur den über 24 Jahre alten männlichen Arbeitern sowie den ein Jahr im Betriebe tätigen über 21 Jahre alten Arbeiterinnen gezahlt und beträgt für Verheiratete 60 Mh., für Unverheiratete 30 Mh., für verheiratete Arbeiterinnen mit eigenem Haushalt 40 Mh., für unverheiratete Arbeiterinnen 20 Mh.; verheiratete Arbeiterinnen, deren Männer erwerbsfähig sind, werden wie unverheiratete Arbeiterinnen bei diesen Beihilfen behandelt. Ein wenig besser als das Ergebnis des Schiedsgerichts im Steindruckgewerbe ist dieses in freier Vereinbarung bewerkstelligte Abkommen doch noch.

Man kann sich vorstellen, daß solche Vorgänge in unserer nächsten Nachbarschaft gar nicht ermutigend wirken konnten auf uns. Auch der im Streik der Berliner Zeitungsangestellten zuvor erreichte Schiedspruch unter Professor Dr. Brahn mit durchschnittlich 12 Proz. Erhöhung, weil eine schlechter als die Buchdrucker gestellte Gruppe in Betracht kam, war dazu nicht geeignet.

Es wurde deshalb einer von dem Vertreter des Arbeitsministeriums gegebenen Anregung zu einer unverbindlichen Aussprache vor Zusammentritt des Schlichtungsausschusses unterlieft. Die Organisationsvorsitzenden nahmen mit der gleichen Anzahl von Vertretern der andern Seite nur daran teil. Hier, in fast fünfständiger Konferenz unter Führung des Professor Dr. Brahn am 2. November, zeigte sich denn bald, daß wir nicht viel zu erwarten hatten. Der Ministerialvertreter ließ erkennen, daß im allgemeinen jetzt nur auf 10 Proz. Erhöhung erkannt werde. Die Wirtschaftlichkeit und Lebenswichtigkeit der einzelnen Gewerbe spielten auch eine Rolle. Auslöschung der Ledigen werde immer häufiger gehandhabt, fellweise von den Arbeitern sogar gefordert. Die Prinzipale rückten gegen die Arbeitsgehaltserhöhung vor. Von

unser Seite wurde mit allen Notwendigkeiten (Existenzminimum usw.) operiert. Der Regierungsvorsteher riet mir aller Macht zur außerordentlichen Verständigung. Wir hatten zu betonen, daß die Unverheirateten ganz ausfallen, daß der Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums wie im März d. J. wieder nach großen, mittleren und kleinen Orten sowie nach Verheirateten und Ledigen unterscheiden könnte; im Mai 1919 war die erstere Unterscheidung schon einmal durch Schiedspruch herbeigeführt worden. Die mittleren und die kleinen Orte wollten wir aber gerade nicht zurückgestellt wissen. Die Prinzipale kamen schließlich doch mit Vorschlägen heraus; für die jüngeren Kollegen war danach nichts zu erwarten, erst von der Altersklasse B an etwas.

Lange wurde in den Parteien über die schwierige Situation beraten, nachdem die Aussprache im Reichsarbeitsministerium mit eindringlicher Empfehlung geendigt hatte, sich doch noch selbst zu verständigen, auch um schneller zum Ziele zu kommen und solche verblüffenden Weiterungen wie bei den Buchbindern nach dem Schiedspruch zu vermeiden. Für uns stand fest, daß keine Staffelung nach Lokalzuschlägen eintreten, und daß keine der drei Altersklassen leer ausgehen dürfe, wenn auch die im ersten Gehilfenjahre Lebenden nicht durchgebracht werden könnten. Hier mußte es sich dann zeigen, ob die Prinzipale den von der „Zeitschrift“ selbst verworfenen Standpunkt „kleinlicher Vermögenssucherei“ einnehmen würden.

Die Einigungskommission (d. h. die Teilnehmer an der Aussprache im Arbeitsministerium) versuchten dann, nachdem der sogenannte Pendelverkehr zwischen den beiden Fraktionen auch zum Abschluß gekommen war, ihr Heil noch einmal. Endlich, es war unterdes 1 Uhr mittags am 3. November geworden, und die Vertreter des Schlichtungsausschusses waren schon im Saale des „Ingenieurhauses“ erschienen, weil hier das Schiedsgericht seines Amtes walten sollte, kehrten unsere Vertreter zurück. Das materielle Ergebnis (auf das in anderer Beziehung wir noch speziell eingegangen) war in der Höhe nur auf 20 Mh. zu bringen gewesen. Darin hatte also die Provinz und ihr Zukunfts aus der Großstadt geliegt, während einzelne Prinzipale höhergehen wollten. Mit der Stellung nur nach den tariflichen drei Altersklassen, also Gleichheit zwischen Verheirateten und Ledigen, zwischen Großstadt und Provinz, aber war der Standpunkt der Gehilfenvertretung durchgedrungen. Es sei bei der Gelegenheit gleich angeführt, daß in bezug auf die früheren Teuerungszulagen ledige Gehilfen wie verheiratete zu behandeln sind, wenn sie den Voraussetzungen im Rundschreiben des Tarifamts vom 28. April 1920 entsprechen, also einzige Unterhaltspflichtige von Angehörigen in einem gemeinsamen Haushalte sind, oder wenn sie als verwitwete Personen einen eigenen Hausstand haben, der von einer nicht erwerbstätigen zweiten Person geführt wird, oder wenn sie als verwitwete Personen ohne eignen Hausstand noch versorgungsberechtigte Kinder zu ernähren haben. Diese Anordnung des Tarifamts ist durch Beschluß des Tarifauschusses vom 16. November bekräftigt worden. Betreffs der Dauer der Teuerungszulage bis zum 31. März wurde sofort von unserer Seite der Vorbehalt gemacht, daß eine weitere Verschärfung der außerordentlichen Verhältnisse die Gehilfenschaft mit neuen Forderungen werde hervorgerufen lassen. Ein Prinzipal, der durch seine Einfälle und peremptorischen Ansprüche sich häufig verrennt, meinte, es müßte erst eine weitere Verschlechterung um 20 Proz. nachzuweisen sein. Das machte jedoch keinen Eindruck. Die Kündigungsfrist von vier Wochen kann untes Erachtens auch schon vor dem 1. März nutzbar gemacht werden.

Das Ergebnis mit 10, 15 und 20 Mh. ist zweifellos ungenügend, denn der steigenden Not, die nun auf das Konto der bürgerlichen Regierung kommt, während einige Prinzipale bei den Malverhandlungen glauben, die Minister aus Arbeiterkreisen verantwortlich machen zu können für die schlechter werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse, kann damit gar nicht abgeholfen werden. Die sofortige Einführung ist das einzig Gute daran. Aber so unbefriedigend, wie die Teuerungszulage ausgefallen ist, ganz so schlecht wie in unserer Nachbarschaft bei den Schriftgelehrten, den Steindruckern und Lithographen und den Buchbindern haben wir doch nicht abgeschrieben. Es ist immer wieder von unsern Prinzipalen auf das dort Erreichte verwiesen worden. Eine Genugtuung ist uns geworden mit der absoluten Gleichheit für Großstadt und Provinz. Prozentual verrechnet allerdings ist die Großstadt schlechter daran. In Berlin mit dem höchsten Lohn macht das Mehr nur 8 Proz. aus, in einem Ort ohne Lokalzuschlag 12 Proz., die dazwischen liegende Differenz von 4 Proz. verteilt sich je nach der Lokalzuschlagshöhe. Es ist deshalb ganz unverständlich, wie die Mitgliedschaft Liebenwerda in voriger Nummer darüber klagen konnte, daß die kleineren Orte keine größere Teuerungszulage (als die Großstädte) erhalten hätten. Nun wird man wohl dort die Bekanntmachung in Nr. 123 und unsern Artikel dazu richtig verstehen.

Dies ist die komplizierte Geschichte der diesmaligen Teuerungszulage. Am 18. und 19. November hat unsere Verbandsleitung mit Unterstützung von Gehilfenvertretern

Die Tarifbeilage

kann dieser Nummer leider nicht beigelegt werden, da die angehängten Materialen aus Berlin noch nicht eingetroffen waren. Ebenfalls wird die Tarifbeilage nun mit der nächsten Nummer erscheinen.

unser scharfer Betonung der draußen geschaffenen ersten Situation, wofür zahlreiche Telegramme an den Verbandsvorstand und auch an den Tarifauschuss Zeugnis ablegten, dann Vorfälle unternommen, ab 1. Januar eine Erhöhung des so minimalen materiellen Zugeständnisses zu erreichen. Es wurde auch appelliert, den freiwilligen Gewährungs vollen Spielraum zu lassen. Aber nunmehr war der neue Tarif fertig, und da hatten die Prinzipale nicht nur ein Saar, sondern gleich einen Weichselzopf in der Suppe gefunden. Wohl waren einzelne Prinzipalvertreter für den Appell empfänglich, aber in einer scharfen Auseinandersetzung hatte die andre Richtung mit großer Mehrheit gegolten. Es war offizielles also nichts zu machen. Draußen im Lande wird jedenfalls das starre System weniger in die Erscheinung treten. Wir bitten um Mitteilungen über weitere Gewährungsungen, werden aber auf zu überhenden Wunsch keine Namen nennen.

Wir können nur nochmals dringend erluchen, die bewegliche Teuerungszulage nicht mit dem für zwei Jahre fest geltenden neuen Tarif in einen Topf zu werfen. Sie kann und wird eine Korrektur erfahren. Aber den durch die mannigfachen Verunsicherungen schlecht geratenen Ausfall dürfen wir auf keinen Fall das Gute übersehen, was das neue Tarifverhältnis doch immerhin in vielen Punkten bietet. So, wie ein Kollege aus Triberg (Schwarzwald) im „Korr.“ festlegen will: „Mit Eisenbahnschienen gehört hier dringlichst, das wäre ein Radikalmittel“, geht es wirklich nicht. Anmitten einer löhrenden Wirtschaftskrisis und umgeben von Arbeitslosenarmeen hat speziell die Lohnfrage außerordentliche Schwierigkeiten. Dies und manches andre noch ist viel nachdenklicher zu betrachten, als es in so manchen Versammlungen nach dem 5. November der Fall gewesen ist.

7. Die Entschädigung für Kurzarbeit im neuen Tarif

Mit den zu geringen Teuerungszulagen haben wir noch ein Zugeständnis machen müssen, das nicht leicht gefallen ist. Es war uns schon vor den Verhandlungen bekannt, daß die Prinzipale eigentlich wegen der 25 Proz. Entschädigung für verkürztes Arbeiten zur Kündigung des Tarifs geschrieben sind; man wollte es hier zum Wiegens und Brechens kommen lassen. Bekanntlich ist diese Entschädigung nur in ganz wenigen Gewerben üblich und dann meistens auch nur örtlich. Im graphischen Gewerbe besteht sie sonst nicht. Wo sie eingeführt war, ist man zur Abschaffung übergegangen oder unternimmt noch dahnzielende Schritte. Zum Beispiel ist während unser Verhandlungen von den Metallindustriellen in Frankfurt a. M. ein über die Entschädigung von Kurzarbeit bestehender Vertrag gekündigt worden.

Bei der Tarifausbildung im Dezember v. J. war der Ansturm unser Prinzipale beinahe sehr stark. Erst bei der zweiten Sitzung gelang es uns, die Kurzarbeitsentschädigung noch zu retten. Im Februar/März und im Mai große es bebedenklich aus dieser Richtung, aber es kam zu keinem Gewitter.

Diesmal entlud es sich, und zwar wirkungsvoll (für die andre Seite) unter Verknüpfung mit der Teuerungszulage. Die Prinzipale vermochten aber ihre Absicht sofortiger Bestätigung, wie es nach dem erwähnten Verammlungsberichte der Berliner Prinzipale gewollt war, nicht durchzuführen. Es soll ratenweise bis Ende Juni gehen. Dann jedoch — und nun kommt das hoffentlich dicke Ende — muß Klarheit mit einem in Vorbereitung befindlichen Gesetz geschaffen sein, das das Reich, den Arbeitgeber und den Arbeiter mit einem Drittel der Bezahlung für die ausfallende Arbeitszeit belastet. Mit einer solchen Regelung könnte man sich als Arbeiter abfinden, ob als Unternehmer, ist eine andre Frage. Auf jeden Fall müssen aber vor dem 30. Juni 1921 über die Entschädigung für Kurzarbeit Verhandlungen bei uns stattgefunden haben. Das ist der Sinn des Beschlusses im Tarifauschuss.

Selbstverständlich hat die Gehilfenpartei bei ihren Sonderberatungen im letzten Stadium der Teuerungszulage alle Möglichkeiten erzwungen, diese Entschädigung voll zu erhalten bis zu jenem Termin, aber die Buchdrucker sind hier zu sehr voraus den meisten der übrigen Arbeiter. Und so etwas können unsere Unternehmer gleich gar nicht ertragen. Das Nachhinken dagegen betrachten sie als gute Tradition für ihre ehrbare Junkt. Wir hoffen, daß wir in diesem Punkte glücklich spekulieren.

Die eigentlich hierzu gehörige Druckpreiserhöhung wollen wir bis zum ganzen Druckpreiskapitel zurückstellen, um alles zusammen zu haben.

8. Die neuen Bestimmungen für berechnende Handwerker

Wohl keine der Sparten dürfte neben den allgemein in Betracht kommenden Ergebnissen der Abwehr von beantragten Verschlechterungen und erzwungenen Verbesserungen

rungen bezüglich der letzteren einen solchen Erfolg bei dem Aufbau des neuen Tarifs zu buchen haben wie die Sparte der Handfeger.

Die Kommission II, der die Festsetzung des allgemeinen Grundlohns und, auf diesem fußend, die des Hand- und Maschinenfesslerarifs für das Berechnen zugeteilt war, wies bei der Wichtigkeit der zu behandelnden Materie und der in Betracht kommenden gegensätzlichen Interessen prinzipalsteilig einen recht oft eintretenden Wechsel der handelnden Personen auf. Die Herren Willeim, Dr. Kuntze, Säuberlich, Schölem, Friedrich, Schalacker usw. liegen nacheinander in die Arena, um den neuen Tarif im Interesse der „Hebung der Produktion“, das Motto der Prinzipale in den Kommissionen wie im Plenum, entsprechend zu gestalten.

Bei der Gegensätzlichkeit der Ansichten und Interessen hierüber, die in den von beiden Parteien gestellten Anträgen zum Ausdruck kamen, plähten die Geister oft aufeinander, doch zeitigsten die Verhandlungen schließlich ein Resultat, das sich kurz und bündig dahin zusammenfassen läßt: alle beantragten Verschlechterungen landen unter energischstem Widerstande seitens der Gehilfen Ablehnung. Dagegen mußte sich die Gegenseite bequemen, wollte anders sie nicht auf das Weiterbestehen des Berechnens im Handfeger verzichten, einer Anzahl Verbesserungen der alten Bestimmungen sowie neuer, wichtiger zuzustimmen.

In langen Verhandlungen wurde nach der Feststellung des allgemein gültigen Grundlohns der bisherige Tausendbuchstabenpreis (siehe Abänderungen des Deutschen Buchdruckerarifs von 1912) sowie alle im Tarif in Mark und Pfennigen bewerteten Positionen verunsichert. Dies hat zur Folge, daß jede im Berechnen über Minimum verdiente Mark = 5 Mk. Mehrverdienst, aber ebenso auch umgekehrt jede unter Minimum verdiente Mark = 5 Mk. Minderverdienst bedeutet. Trotz letzteren Umfandes sind wir der Überzeugung, daß der weitaus überwiegende Teil der berechnenden Kollegen diese Festsetzung begrüßen wird.

Die neuen Satzpreise für 1000 Buchstaben sind die folgenden:

Gradatur	Antiqua oder Kurivo		fremdsprachlich		Rustisch		Griechisch			
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		
Nonpareille	2	80	2	95	3	10	2	90	3	20
Antiqua (6 ^{te})	2	73	2	85	2	95	2	83	3	—
Antiqua	2	65	2	75	2	80	2	75	2	90
Defi. Bogis und Korpus	2	40	2	55	2	65	2	55	2	70
Cicero	2	55	2	70	2	75	2	65	2	80
Mittel	2	70	2	80	2	90	2	75	2	95

Auf den verdienten Stücklohn erhalten die Berechner diejenige Teuerungszulage, die im § 3 (Entlohnung und Lohnzahlung) für Wochenlöhne festgelegt ist. Das soll heißen: Was für die Gehilfen im Gewerbe an einem Ort als Teuerungszulage gilt, haben auch die Berechner auf den Preis der von ihnen hergestellten Sahnmenge zu legen.

Bei der neuen, nur in Frankfurt a. M. und Leipzig einzeln anzutreffenden Schrift Antiqua waren die Prinzipale für die von den Gehilfen verlangte Gleichstellung mit der Nonpareille, wie es in Frankfurt und Leipzig üblich ist, absolut nicht zu haben.

Eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft ist die seit langen Jahren von den berechnenden Handfegern geforderte Bezahlung der Feiertage. § 4 der Allgemeinen Bestimmungen sehr fest: „Berechnern sind die Feiertage nach dem Minimum ihrer Altersklasse zu entschädigen“. Der 1. Januar 1921, der erste Tag der Gültigkeit des neuen Tarifs, fällt als gesetzlicher Feiertag auf einen Wochentag. Er wäre demnach auch gleich den Gehilfen den Berechnern zu entschädigen. Wir weisen nicht daran, daß sich damit der neue Tarif bei den Berechnern gut einführen wird.

§ 16 Ziffer 6: Bei dreitausend Schriften erhöht sich der Grundpreis künftig statt um 1 um 7 Pf.

Weiter wird im Frakturalphabet künftig das j eingefügt.

§ 16 Ziffer 12 und 13 wurde von den Gehilfen in der Kommission gestrichen, im Plenum aber auf Antrag der Prinzipale im Tarif wieder mit folgender Erklärung aufgenommen:

Die Gehilfenvertreter haben gegenüber der Wiederaufnahme der Ziffern 12 und 13 des § 16 des alten Tarifs den Einwand erhoben, daß durch die Übernahme zahlreicher fremdsprachlicher Arbeiten auch die Einwanderung ausländischer Gehilfen zur Folge haben dürfte, und daß deshalb bei Vorfall der prozentualen Entschädigung für fremdsprachlichen Satz eine Schädigung derjenigen deutschen Gehilfen stattfinden könnte, die zur Herstellung fremdsprachlicher Werke befähigt sind. Um diesem Bedenken zu begegnen, wird der Tarifausschuß verpflichtet, in eine Beratung über diese Angelegenheit einzutreten, sobald die Gehilfenchaft den Nachweis führt, daß tatsächlich durch Wiederaufnahme dieser tariflichen

Bestimmung eine Verschlechterung ihrer Arbeitsgelegenheit herbeigeführt worden ist.

Zu § 16 Ziffer 15 (fremdsprachlicher Satz nach gedrucktem Manuskript) beantragten die Prinzipale statt einem Abschlage von 5, 15 und 20 Proz. einen solchen von 50 Proz. Das wurde abgewiesen.

Zu § 20 (gemischter Satz): Prinzipalsantrag statt 64 zu sehen 48. Teil, wurde abgelehnt.

Im § 23 (Zifferlohn) wurde neu eingefügt: der 48. Teil 2 $\frac{1}{2}$ Proz., der 24. Teil mit 7 $\frac{1}{2}$ Proz.

Die beantragte Verschlechterung in § 24 Ziffer 2: statt 10 und 25 Proz. zu sehen 5 und 10 Proz., wurde abgelehnt.

Vergleichen ein Antrag zu § 27: bei Voetselach den Ausschlag für Halbpreis usw. Ausschluß in Wegfall zu bringen. Ebenso wurde abgelehnt ein Antrag, die Ziffer 2 deselben Paragraphen zu streichen.

Nach § 31 Ziffer 4 gehören künftig Notenklinien zur Note.

Neue Ziffer 5: Beim Paketfabe sind für das Zwischenheben von Satzblöcken aus einer andern Schrift zwei Zeilen Ausschlag (Grundschrift) zu berechnen.

§ 33 (Umbrechen): In Ziffer 4 ist zu sehen statt 50 Pf. 3 Mk.

In Ziffer 7: Bei unentänderem Abdruck, d. h. wenn Seite auf Seite geht, sind 10 Proz. des Umbrechgeldes zu zahlen.

Neue Ziffer 8: Zusammenstellen, Paginieren usw. der Fahnen ist nach Zeit zu entscheiden.

Im § 38 Ziffer 1 letzter Satz (vorteilhaftere Satzstücke betreffend) heißt es künftig statt sechs Seiten acht Seiten Oktav und statt drei Seiten vier Seiten Folio. (Die beantragte Streichung der Ziffer 3 wurde gehilfensteilig abgelehnt.)

Der gehilfensteilig beantragten Streichung der Ziffer 3 zu § 39 wurde stattgegeben.

Alles in allem hat der neue Tarif für die berechnenden Handfeger gute Verbesserungen aufzuweisen.

9. Die neuen Bestimmungen für Musiknotenfeger

Eine kleine Erweiterung hat der neue Tarif noch durch die Aufnahme von Berechnungssätzen für den Musiknotenlohn gefunden, und zwar ging die Anregung dazu von Leipziger Musiknotenfeuern aus. Für Leipzig bestand allerdings schon seit 1908 (siehe Kommentar S. 164 bis 167) eine örtliche Vereinbarung mit den Noten-druckereien. Es soll aber noch in Sankteln, Würzburg, Hildbrunnen und Grödenheimen berechnet werden. Die Leipziger Musiknotenfeger hatten sich über die aufzustellenden Forderungen verständigt und Ausrechnungen vorgenommen. Kurz vor den Tarifverhandlungen fand eine Aussprache im Buchgewerbehaufe statt zur Formulierung der Sätze. Als Firmenvertreter bzw. von der Prinzipalsteilung nahmen daran teil die Herren Gelf, Fröhlich, Ludwig, Peter, Kälmer; von Gehilfensteile die Kollegen Baulch, Ehrhardt, Gotthardt, Lorenz und R. Witten. Im Tarifausschuß wurde diese Angelegenheit von der Kommission II erledigt, die auch die Handfegerbestimmungen auflegte.

Die aus der Tarifbeilage noch zu erhebenden Positionen für 1000 Gebiete sind im allgemeinen so angenommen worden, wie es gewünscht wurde von den Gehilfen. Dagegen sind für Numerik-Noten und für Scheller-Noten G die verlangten prozentualen Zuschläge nicht bewilligt worden. Der Ausschlag für Scheller-Noten deckt sich jedoch mit dem Ausschlag für $\frac{1}{2}$ Noten.

10. Die neuen Maschinenfegerbestimmungen

Eines der umstrittensten Gebiete bei den diesmaligen Tarifverhandlungen waren die Maschinenfegerbestimmungen. Beide Parteien hatten hierzu zahlreiche spezialisierte Anträge gestellt: die Gehilfenchaft in der Absicht, nicht nur die im alten Tarife festgelegten Vergünstigungen für Maschinenfeger zu veräußern bzw. zeitgemäß zu verbessern, sondern auch, um die Konkurrenz der Sehmachin nicht noch weiter zum Schaden der Handfeger zu fördern; die Prinzipalität in dem Bestreben, durch weitestgehende Ausnutzung der Maschine eine Verbilligung und (nach ihrer Meinung) dadurch hervorgerufen eine Hebung der Produktion zu erreichen. Da dies nur auf Kosten der Allgemeinheit der Gehilfenchaft gehen konnte, fanden die Anträge der Prinzipalität entschiedenen Widerstand und völlige Ablehnung seitens der Gehilfenvertreter, die nicht die Hand zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit (und sei sie auch nur vorübergehend) bieten konnten.

Diese grundsätzlichen Gegensätze der Parteien entzweiten einen beiderseitigen zähen Kampf, der tagelang währte, wiederholt zum Abbruch der Kommissionsverhandlungen und zum Appell an das Plenum führte, jedoch auch hier Klärung und Verständigung nicht brachte, so daß mehrmals die Verhandlungen an der Maschinenfegerfrage zu Ende zu gehen drohten. Das Ergebnis der Beratungen soll im folgenden in seinen wesentlichsten Teilen kurz skizziert werden.

Den größten Wert legen die Gehilfen auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Diese zu erreichen, ist nicht gelungen, trotz wärmsten Eintretens aller Gehilfenvertreter.

Die Prinzipalität erklärte positiv, da der seit Jahrzehnten von der Arbeiterchaft geforderte Achtstundentag eingeführt sei und sie nicht einer Gruppe eine Ausnahmestellung einräumen könne, auch nicht fünf Minuten von der Arbeitszeit abzulassen und eventuell an dieser Forderung die gesamten Tarifverhandlungen scheitern zu lassen. Im Gegenteil versuchte man, die Puhzeit zu beschneiden bzw. ganz zu nehmen und von Berufsstreuden ausüben zu lassen, um eine achtfündige Gehzeit herbeizuführen. Vom ersten bis zum letzten Tage war der Kampf um die Arbeitszeit an den Sehmachinen das Leitmotiv. Trotz der Wichtigkeit dieser Frage waren sich zuletzt die Gehilfenvertreter doch darin einig, es deswegen nicht zum definitiven Abbruch der Verhandlungen und damit zum Kampfe kommen zu lassen. Es bleibt bei der achtfündigen Arbeitszeit, in der für jede Schicht eine halbe Stunde Puhzeit für die Zeitengleichmaschinen inbegriffen ist, die bei mehreren aufeinanderfolgenden Schichten zusammengelegt werden kann. Bei einer etwaigen dritten Schicht ist für die notwendige Lüftung und Reinigung der Arbeitsräume zu sorgen, wofür mindestens eine halbe Stunde und höchstens eine Stunde zu verwenden ist. In letzterem Falle kann die Puhzeit einer Schicht einbezogen werden.

An Monopolestern beträgt die Puhzeit nur eine Viertelstunde, wird jedoch mit einem Perforierapparat gearbeitet, eine halbe Stunde; an Monopolegleichmaschinen auch eine halbe Stunde, jedoch kann bei Bedienung zweier Gleichmaschinen während der Puhzeit die eine laufen und umgekehrt.

Festgelegt wurde, daß dort, wo bereits eine kürzere Arbeitszeit besteht, eine Verschlechterung nicht verlangt werden kann. Die tarifliche Einfügung einer Generalpuhzeit wurde nicht errungen, da letztere selbstverständlich sei und nur nach Bedarf und Eigenart des Betriebs geregelt werden könne. Erreicht wurde, daß endlich die Monopolegießer den Maschinenfeuern tariflich gleichgestellt werden.

Die Ausbildung und Beschäftigung von Lehrlingen an Sehmachinen wird nach der Lehrlingsordnung geregelt, in der es im „Ziel und Lehrgange des viersten Lehrjahres in Zeitungsdruckereien“ heißt: „Sichtigkeit in allen Arten des Ansetzens und gegebenenfalls erfolgreiche Ausbildung als Maschinenfeger“ sowie „Auswahl und Ausbildung der Lehrlinge zu Maschinenfeuern“. Bei Durchführung dieser Vorchrift wäre den Lehrlingen in andern als Zeitungsdruckereien die Anlernung und Beschäftigung an Sehmachinen nicht mehr gestattet. Bei Bemessung der Lehrlingskassell ist nicht mehr die Anzahl der Maschinenfeger, sondern nur noch die Zahl der Sehmachinen maßgebend.

Die Lehrzeit der Maschinenfeger umfaßt 13 Wochen zu Genüge der Auslernende nach Ablauf dieser Zeit den Anlernsprüchen nicht, die an ihn billigerweise in technischer wie auch quantitativer und qualitativer Hinsicht gestellt werden können, so kann die Lehrzeit bis auf 26 Wochen ausgedehnt werden. Für die Dauer der Lehrzeit ist der bisherige Lohn, mindestens aber das örtliche Minimum zuzüglich der Teuerungszulage zu zahlen. Die von Gehilfensteile beantragte paritätische Kommission zur Prüfung des Lernenden wurde abgelehnt. Die bisherige Vorbeschrift des § 48, Ziffer 2, wonach bei Ausbildung auf Kosten des Geschäftes ein Vertrag bis zu einem Jahr und bei dessen Nichteinhaltung eine Geldbuße vorgelesen war, wurde gestrichen, ebenso der § 55, nach welchem der Gehilfe für unbrauchbaren Guß resp. Satzstreifen Bezahlung nicht verlangen konnte.

Große Differenzen ergaben sich bei Festsetzung der Mindestleistungen. Die Arbeitgeber beantragten deren Erhöhung nach Ablauf der Lehrzeit von 6000 auf 6500 Pf. Buchstaben bei der Linotype und Monotype, von 4200 auf 5000 beim Typograph; im zweiten Jahre der Tätigkeitszeit von 6400 auf 7000 bei Linotype und Monotype, und von 4500 auf 5500 Buchstaben am Typograph. Nach langem Kampfe wurden diese Anträge abgelehnt, die Ziffern 3—6 des § 48 gestrichen und die Leistungsklauseln in folgende Fassung gebracht: „Die Mindestleistung des Maschinenfegers nach Ablauf der Lehrzeit beträgt an der Linotype und Monotype 6000, an der Monoline 5000, am dem Typograph 4200 Buchstaben pro Stunde.“

Bei der Entlohnungsfrage fanden sich die Parteien wieder grundsätzlichen gegenüber. Während die Gehilfen 25 Proz. auf den Handfegerlohn forderten, verlangten die Prinzipale unbedingt Gleichstellung mit den übrigen Gehilfen. Nach wiederholtem Abbruch einigte man sich auf folgender Grundlage:

Die Maschinenfeger (einschließlich der Berechner) erhalten in Orten

mit 10-17 $\frac{1}{2}$ Proz. Puhzuschlag	23 Mk. Zuschlag,
10-17 $\frac{1}{2}$ „ „	25 „ „
20-25 „ „	27 „ „

Dieser Zuschlag wird auf das im § 3 des neuen Tarifs festgelegte Lohnminimum gelegt, nicht auf den jetzt bezogenen Lohn. Da über Vereinfachung darüber herrscht, daß jeder Gehilfe denjenigen Betrag auch weiser fortbezahlen soll, den er über sein bisheriges Lohnminimum hatte, so ist vom 1. Januar 1921 an mindestens die Differenz zuzusuchen, die sich zwischen dem jetzigen Zuschlage

für Maschinenleger und der bisherigen Spanne zwischen Sand- und Maschinenlegerminimum ergibt. Diese Differenz beträgt:

Koksalzuschlag Proz.	Bisher Mk.	Neu Mk.	Differenz Mk.
0	10,87	23,—	12,13
2 1/2	11,04	23,—	11,96
5	11,47	23,—	11,53
7 1/2	12,14	23,—	10,86
10	12,31	25,—	12,69
12 1/2	13,23	25,—	11,77
15	13,91	25,—	11,09
17 1/2	14,07	25,—	10,93
20	14,50	27,—	12,50
25	15,08	27,—	11,92
Hamburg	15,08	27,—	11,92
Berlin	15,96	27,—	11,04

Außerdem wurden die erhöhten Sätze für Überstunden beibehalten und die Bezahlung für Herstellung von Montagezeitungen erhöht.

Der Antrag auf Schutzkleidung für Monotypsetzer wurde abgelehnt, ebenso die Aufnahme von sanitären Vorschriften in den Tarif, da letztere schon in den Bundesratsvorschriften enthalten seien. Prinzipalsseitig wurde aber erklärt, daß dort, wo es nötig wäre, mit Hilfe des Tarifamts und der Organisationen gute sanitäre Verhältnisse geschaffen werden müßten.

Das vorstehend Gesagte ist (außer einer Anzahl kleinerer Verbesserungen) das Wesentlichste aus dem allgemeinen Teile der Maschinenlegerbestimmungen.

Die Forderung der Gehilfen, das Berechnen an den Setzmaschinen zu verbieten, konnte nicht verwirklicht werden. Der ganze Berechnertarif wurde neu aufgebaut und alle Normen zeitgemäß um das Viereinhalb- bis Sechsfache erhöht. Auf den aus diesen Sätzen beim Berechnen sich ergebenden Wochenverdienst kommt dann noch die Steuerzulage und der betreffende Maschinenlehraufschlag. Die Grundpreise befragen im neuen Tarife:

10 000 Buchstaben Fraktur:

Linothpe	5,— Mk.
Monoline	6,40 „
Typograph	7,— „
Monothpe	5,— „

10 000 Buchstaben Antiqua:

Linothpe	5,30 Mk.
Monoline	6,70 „
Typograph	7,45 „
Monothpe	5,30 „

Sehn Tage hat die Spartenkommission mit der Beratung der Maschinenlegerbestimmungen zugebracht; Beweils, wie schwer eine Einigung zu erzielen war: Acht Tage lang haben die Gehilfenexperten daran mitgewirkt, bis endlich die Verständigung perfekt war. Von Gehilfenseite waren als Experten tätig die Kollegen: Schmidt (Hamburg), Linothpe; Masche (Leipzig), Monothpe; Bauer (Leipzig), Typograph; Köhler (Berlin), Monoline; Stifting (Berlin), Monogleser. Von Prinzipalsseite waren — ein Novum! — als Sachverständige geladen die Direktoren der betreffenden Maschinenfabriken: Müller (Typograph), Börner (Monothpe), Albrecht (Linothpe); letzterer trat nicht in Aktion. Außerdem für die Linothpe Oberfaktor Schwuffke. Gegen die Zulassung der vorgenannten Maschinenfabrikintendanten wurde Protest erhoben seitens der Gehilfenvertreter und ihre Anwesenheit nur bedingt gebilligt; doch ist zu konstatieren, daß alle Experten sich größter Sachlichkeit befleißigten und zu Anständen keinen Anlaß gaben.

Ein Urteil über den Wert des Beschlossenen soll hier nicht gefällt werden, das muß der Allgemeinheit überlassen bleiben. Die Verkürzung der Arbeitszeit an den Setzmaschinen war nicht zu erreichen, sie zu erlangen, muß nun von den in Frage kommenden Instanzen auf gelegentlichem Wege versucht werden. Wohl aber ist endgültig anerkannt, daß die intensive, gesundheitschädliche Tätigkeit an der Setzmaschine einen Aufschlag auf den Lohn bedingt — ob die festgesetzte Sätze ein genügender Ausgleich ist, bleibt eine Frage für sich. Es ist auch zu bedenken, daß die Prinzipale mit ihren Verschlechterungsanträgen im allgemeinen wenig Rücksicht hatten. Wir erwarten von der Kollegenschaft, daß sie alles Für und Wider abwägen und ohne Voreingenommenheit abwägt und danach ihr Endurteil bildet.

11. Die neuen Druckerbestimmungen

Bei der diesmaligen Tarifberatung gehörten die Sonderbestimmungen für Drucker zu denjenigen Punkten, die mit am heftigsten umstritten wurden, denn überall waren die Prinzipale dort am hartnäckigsten, wo es sich um die Bedienung von Maschinen handelte. Von unsern Arbeitgebern lag eine ganze Reihe von Anträgen vor, die angeblich zur Steigerung der Produktion führen sollten, doch war gerade die Ansicht hierüber in beiden Lagern durchaus verchieden. Während die Gehilfenerschaft auf dem Standpunkte steht, daß die Produktion durch Anschaffung besserer Betriebsmittel, durch geeignete Arbeitsstellung, durch Förderung der Arbeitsfreudigkeit usw. am besten gehoben werden könnte, gingen die Anträge der Prinzipale darauf

hinaus, die Produktion hauptsächlich auf Kosten und Knochen der Arbeiter zu heben. Weiter war man im Gehilfenlager der Meinung, daß die Steigerung der Produktion auch der Arbeiterkraft wenigstens in bescheidener Form zugute kommen müsse. Aus der grundlegenden Auffassung beider Seite ergaben sich naturgemäß bestige Kämpfe innerhalb der Druckerkommission, zu der die Kollegen Bauerfeld (Leipzig), Köhler und Suf (Berlin), Kiefer (Köln) als Gehilfenexperten hinzugezogen waren.

Bevor wir jedoch zu den eigentlichen Druckerbestimmungen übergehen, möchten wir auf einige Punkte aus den Allgemeinen Bestimmungen eingehen, die für das Arbeitsverhältnis der Drucker von tief einschneidender Bedeutung sind.

Die Zebrlingsstaffel der Setzerkollegen, welche der großen Arbeitslosigkeit wegen bedeutend verbessert wurde, gilt in Zukunft auch für die Drucker. Damit ist ein jahrelanger Anrecht für die Drucker aus der Welt geschafft, und wenn sich diese Maßnahme auch erst langsam auswirken wird, in Zukunft wird hierdurch der großen Arbeitslosigkeit unter den Druckern wenigstens etwas Einhalt geboten.

Ferner wurde von den Prinzipalen beantragt, daß die neunten Druckstunde bei schwierigen Druckerarbeiten, welche seit Jahren tariflich nicht mehr zulässig ist, wieder eingeführt werden sollte. Aber nicht nur bei schwierigen, sondern auch bei eiligen Druckerarbeiten sollten die Drucker verpflichtet werden, neun Stunden zu arbeiten. Da unter eiligen Arbeiten alles Mögliche verstanden werden kann, so waren diese Anträge unannehmbar, und da auch aus gesundheitlichen Gründen solche Überschreitung der Arbeitszeit nicht möglich ist, wurde dieser Antrag von den Prinzipalen zurückgezogen.

Mächtig ins Zeug legten sich die Prinzipale dafür, das Berechnen auch in den Maschinenläden zuzulassen. Aber einmal wird hierfür nur ein ganz verschwindend kleiner Teil von Druckerinnen in Frage kommen, dann jedoch würde solche Arbeitsweise ein Hasten und Jagen in den Maschinenläden mit sich bringen und die Unfallgefahr erheblich vermehren. Bei der furchtbaren Arbeitslosigkeit unter den Druckern müßte eine solche Maßnahme geradezu verheerend wirken. Zwar soll sich der neuzugründende Fachauschuß nochmals mit dieser Angelegenheit beschäftigen, an den Kollegen selbst wird es aber liegen, zu beweisen, daß das Berechnen in den Maschinenläden ein- und unmöglich ist.

Nun zu den eigentlichen Druckerbestimmungen, wie sie in den §§ 73 bis 78 des alten Tarifs festgelegt waren. Der besseren Übersicht wegen sind die Bestimmungen im neuen Tarif für Flach- und Rotationsdrucker getrennt. Ferner wurde von den Prinzipalen beantragt, im Tarif statt „Machinenmeister“ überall Drucker zu setzen, da der Titel Maschinenmeister vielfach zu Verwechslungen und Irrtümern geführt habe. Da die Druckerkommission sich vom Standbündel frei hielt, wurde diesem Antrage zugestimmt.

Von den Prinzipalen wurde beantragt, den alten § 73, der von der sachgemäßen Herstellung und Verantwortung der Drucker handelt, wieder zu übernehmen, nur sollte der letzte Absatz: „soweit solche unter seiner uneingeschränkten Aufsicht ausgeführt werden“, gestrichen werden. Von den Gehilfen wurde der Klarheit wegen die Zusammenfassung der §§ 73, 74, 75 beantragt. Diesem Antrage wurde stattgegeben. Es lautet der Paragraph in Zukunft:

Sämtliche Arbeiten an den Druckmaschinen unterstehen dem Drucker; er haftet für ordnungsgemäße Behandlung der Maschine und für sachgemäße Herstellung der ihm übergebenen Druckaufträge, soweit solche unter seiner uneingeschränkten Aufsicht ausgeführt werden.

§ 76 wurde von den Prinzipalen in aller Fassung beantragt, von Gehilfenseite aber bedeutende Kürzung und Änderung. Beschlossen wurde, daß an allen Maschinen, an denen Druckerarbeiten hergestellt werden, gelernte Buchdrucker zu beschäftigen sind. Diese Fassung bedeutet gegen früher einen ganz bedeutenden Fortschritt, sie wird bei richtiger Anwendung manchem Kollegen Arbeitsgelegenheit verschaffen. Nur eine Ausnahme mußte gemacht werden: an den Offsetmaschinen ist der Prinzipal berechtigt, auch andere gelernte Arbeiter zu beschäftigen. Wir wollen unsern Kollegen vom Stein gewiß ihre Arbeitsmöglichkeit nicht rauben, aber einmal ist festgesetzt, daß so viel Steindruckmaschinenmeister gar nicht vorhanden sind, um alle Stellen an der Offsetmaschine besetzen zu können, dann aber nimmt die immer mehr zur Einführung kommende Offsetmaschine den Buchdruckern außerordentlich viel Buchdruckerarbeiten weg, und so werden auch unsere Druckerkollegen sich viel mehr als bisher dieser Maschine zuwenden müssen, wollen sie nicht ins Hintertreffen geraten. Dagegen ist es nach harten, in der zweiten Lesung nochmals bestig auffammendem Kampfe gelungen, die Tiefdruckmaschine dem Buchdrucker zu sichern.

Eine grundlegende Änderung hat § 77 des alten Tarifs erfahren. Während die Prinzipale die alte Fassung beantragten, sogar ein dauernder Wechsel der Maschinen noch statthaft sein sollte, wurde von der Gehilfenvertretung die Bedeutung einer Schnellpresse oder zwei Tiegeldruck-

pressen durch einen Drucker verlangt, solange noch Arbeitslose vorhanden. Beschlossen wurde:

Der Drucker soll in der Regel nicht mehr als eine Schnellpresse oder zwei Tiegeldruckpressen bedienen. (Im Zweifelsfalle entscheidet das Schiedsgericht.)

Wir wissen, daß durch diesen Beschluß das Einmalmaschinen nicht überall gleich zur Einführung gebracht werden kann. Auf kleinere Orte und Druckerelien wird gewisse Rücksicht genommen werden müssen. Aber auf jeden Fall bedeutet dieser Beschluß einen ganz bedeutenden Schritt vorwärts zum Einmalmaschinenstern.

Bei den Sonderbestimmungen für die Rotationsdrucker wurde vor allem der Begriff festgelegt, was als Rotationsmaschine zu gelten hat. Es heißt:

Rotationsmaschinen sind Druckmaschinen, die von gebogenen Platten auf endlosen Papiere drucken, das sich dauernd gleichmäßig abrollt.

Werden nach diesem Begriff überall gelernte Drucker an diesen Maschinen beschäftigt, was selber in Papierwarenfabriken und auch in andern Anstalten nicht überall vorkommt, so ist auch hier mancher Fortschritt zu erreichen.

Zu den technischen Arbeiten der Gehilfen an den Rotationsmaschinen gehören in Zukunft auch das Ausheben und Einleihen der Walzen sowie das Ölen und Schmierien der Maschine. Leider wurde festgestellt, daß diese technischen Arbeiten vielfach von unsern Kollegen nicht ausgeführt werden, sondern ganz dem Hilfsarbeiter überlassen bleiben. Wir wollen gewiß den bodenfälligen Hilfsarbeitern ihr Brot nicht nehmen, aber ist es nicht ein Anstoss und ein Vergehen an den Kollegen, wenn nämlich neues Buchdruckerpersonal aus allen möglichen Bezirken angelert wird, während die gelernten Arbeiter durch die Schuld der eignen Kollegen keine Beschäftigung im Berufe finden können? Mehr wie bisher müssen die Kollegen in Zukunft darauf halten, die rein technischen Arbeiten selbst auszuführen, dann wird es möglich sein, vielmehr Drucker an den Rotationsmaschinen unterzubringen.

Die Forderung an den Rotationsmaschinen ist trotz heftiger Kämpfe in der Hauptsache so geblieben wie bisher, nur an der 64seitigen Maschine werden, wenn beide Werke getrennt mit verschiedenen Arbeiten laufen, vier Drucker beschäftigt. Von den Prinzipalen aber ist zu Protokoll gegeben, daß, wenn kein bodenfälliges Hilfspersonal mehr vorhanden ist, zu den rein technischen Arbeiten gelernte Buchdrucker über die tarifliche Zahl eingestellt werden sollen.

Im großen Rahmen sind dies die hauptsächlichsten Änderungen der Sonderbestimmungen für Drucker. Wenigstens eine Woche haben Gehilfenvertreter und Experten in der Prinzipalkommission gekämpft, um die Druckerbestimmungen ein Stück vorwärts zu bringen. Nicht alle Blütenkränze sind gereift und lange nicht alle Anträge des Spartenkongresses Laftache geworden. Hier wird in Zukunft noch mehr das Mögliche von dem Wünschenswerten zu scheiden sein. Leider war in der Druckerkommission unter den Gehilfenmitgliedern über die Wege, die zum Ziele führen, nicht immer vollständige Einigung vorhanden; hier wird bei ähnlichen Gelegenheiten besser vorgearbeitet werden müssen. Aber alles in allem sind bei der diesmaligen Tarifberatung bei den Druckerbestimmungen ganz ansehnliche Fortschritte erzielt, so daß die Drucker dem neuen Tarif wohl ihre Zustimmung geben können.

12. Die neuen Bestimmungen für Stereotypure und Galvanoplastiker

Hierfür wurde ebenfalls eine Kommission gebildet, in welche prinzipalsseitig die Herren Oskenbourg (München), Winkler (Berlin), Wendebach (Rathenow), Scheff (Hannover); gehilfenseitig die Kollegen Rosenbruch (Hannover), Dreher (Leipzig), Grönung, Teichmann (Berlin), für die Hilfsarbeiter Hornke (Berlin) und vom Gutenbergsbunde Bernoth entsandt wurden. Als Experten wohnen für die Prinzipale, allerdings nur für kurze Zeit, Herr Amstel (Berlin), für die Gehilfen die Kollegen Klöblich (Leipzig) und Wenzel (Berlin) den Verhandlungen bei.

Die Grundlage für die Verhandlungen bildeten die von dem Kongreß der Stereotypure und Galvanoplastiker Deutschlands beschlossenen Anträge, denen Anträge der Prinzipale auf Abänderung der §§ 80 und 81 gegenüberstanden. Während die Anträge der Gehilfen naturgemäß auf eine Erweiterung und Verbesserung der im jetzigen Tarif enthaltenen Sonderbestimmungen hinfielen, stellten die Anträge der Prinzipale, besonders in der Maschinenfrage, eine Verschlechterung des jetzigen Zustandes dar. In den fast zwei Tagen währenden Verhandlungen gelang es aber im großen Ganzen, eine Verständigung über die einzelnen Punkte herbeizuführen und so für den neuen Tarif eine Grundlage zu schaffen, auf der nach Überzeugung der Gehilfenvertreter wie auch der Experten ein ersprießliches Arbeiten möglich sein wird. Nur der erste der Gehilfenanträge, der eine Verkürzung der Arbeitszeit für Nacht- und Zeitungsarbeiter sowie für die an den so außerordentlich gesundheitschädlichen Eisenbädern beschäftigten Gehilfen forderte, blieb auf unüberwindlichen Widerstand. Trotzdem nachgewiesen werden konnte, daß in fast allen Zeitungsbetrieben eine kürzere als achttündige Ar-

beitszeit bereits seit Jahren besteht, lehnte die Prinzipalität es ab, einen solchen Zustand, an dem ja in Zukunft nichts geändert werden soll, tariflich festzulegen. Nicht einmal an den fortgesetzt glittige Gase ausströmenden Eisenbädern soll in Zukunft weniger als acht Stunden gearbeitet werden, hier müßte nach Meinung der Prinzipale die Gesetzgebung eingreifen, dann würde man sich allerdings fügen.

Für diejenigen Gehilfenmitglieder der Kommission, welche den Verhandlungen im Plenum betohnten und dort schon den grundsätzlich ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber in bezug auf Arbeitszeitverkürzung kennen gelernt hatten, bot diese streng abweisende Haltung der Prinzipale keine Überraschung. Es war lediglich eine Bestätigung der allgemeinen Ansicht, daß in bezug auf Arbeitszeitverkürzung weder für die Allgemeinheit noch für einzelne unter besonders schwierigen Umständen arbeitende Gruppen unseres Berufs irgend etwas auf friedlichem Wege zu erreichen sei.

Für die an Eisenbädern Beschäftigten konnte lediglich erreicht werden, daß ihnen eine besondere Schutzkleidung vom Arbeitgeber zu liefern ist. Die wiederholten Versuche der Gehilfenvertreter, auch für die übrigen Galvanoapparatisten wie für die mit besonders schmutzigen und einem besonderen Verschleiß von Arbeitskleidung ausgehenden Stereotypen die Lieferung von Arbeitskleidung oder eine entsprechende Entschädigung zu erreichen, wurden abgelehnt, weil man prinzipiell der Ansicht war, es sei unmöglich, hier eine Grenze festzulegen, und weil Konsequenzen daraus entstehen könnten, die man gar nicht absehen könne.

Eine bis zu einem gewissen Grade wenigstens bessere Verpflegung war bezüglich der Anträge zu § 80 möglich; hier gelang es, das Tätigkeitsgebiet der Gehilfen wesentlich zu erweitern und an die Spitze dieses Paragraphen den in Nürnberg beschlossenen Antrag, daß jede Arbeit am Stereo wie am Galvano Gehilfenarbeit ist, zu stellen. Die Spezialisierung der Arbeiten in Fortfall zu bringen, war nicht möglich, doch sind hier wesentliche Verbesserungen zu verzeichnen.

Zum § 81 lag ein Antrag der Prinzipale vor, der eine andre, für die Besitzer von Plattengießmaschinen vorteilhaftere Regelung der Bedienung dieser Maschinen verlangte. Nach diesem Antrage sollten außer andern Personen zwei Stereotypen an den großen und ein Stereotypen an den kleinen Maschinen beschäftigt werden. Nach längerer Debatte gelang es, für die großen Maschinen Autoplate, Mastplate, Rotoplate drei Gehilfen als Mindestbelegung zu bestimmen, und für die kleinen einen Gehilfen. Hierbei hervorzuheben, daß diese Belegung als das Mindeste anzusehen ist, also auch mehr Gehilfen daran beschäftigt werden können, worauf auch im Plenum noch ausdrücklich hingewiesen wurde, und daß nach den neuen Bestimmungen jede technische Arbeit, vom Schließen der Form bis zur druckfertigen Platte, Gehilfenarbeit ist.

An allen Schnellgußanlagen müssen, da das Gießen auch für Rund von jetzt ab den Gehilfen zugesprochen ist, ohne weiteres Gehilfen beschäftigt werden.

Weiter lag ein Antrag der Gehilfen vor, der eine Regelung der Seher- und Druckerstereotypenfrage wünschte. Nachdem dieser Antrag gebilligt erklärt und begründet wurde, beschloß die Kommission nach einer redaktionellen Abänderung einstimmig die Aufnahme desselben in den Tarif.

Als letzter Punkt stand der Gehilfenantrag, der die Klarstellung des künftigen Verhältnisses zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern zum Gegenstand hatte, zur Debatte. Schon vor dem Zusammentreten des Tarifausschusses hatten diesbezügliche Verhandlungen mit der Organisation der Hilfsarbeiter stattgefunden. Es wurde bei dieser Gelegenheit eine Vereinbarung getroffen, nach der ein Unternen von Hilfsarbeitern zu Gehilfenarbeiten nicht mehr stattfinden soll. Von dieser Vereinbarung wurde den Prinzipalen Kenntnis gegeben und nach kurzer Debatte einstimmig beschlossen, diese Abmachung als Willensäußerung der Kommission zu Protokoll zu geben. Damit dürfte auch nach dieser Richtung für die nächste Zukunft Klarheit geschaffen sein.

Wenn es auch in dieser Kommission, wie überall, nicht gelungen ist, allen berechtigten Forderungen und Wünschen der Gehilfen Geltung zu verschaffen, so kann man nach Überzeugung der Gehilfenvertreter mit dem Ergebnis im allgemeinen zufrieden sein; im besonders aber auch, wenn man sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Buchdruckgewerbes vor Augen hält und vor allen Dingen an die Durchführbarkeit einmal gefasster Beschlüsse denkt. Die schönsten Beschlüsse sind wertlos, wenn sie lediglich auf dem Papier stehen.

13. Die neuen Korrekturenbestimmungen

Die Korrekturenkommission brauchte nur einen Tag (10. November) für ihre Arbeit. Prinzipalseitig war sie besetzt mit den Herren Eberlich, Thalacker und Alapp, gehilfenseitig mit den Kollegen Göllo und Budtz; als Experten waren gehilfenseitig erschienen Grams (Berlin), Rauff (Leipzig).

Die vier Anträge der Korrektoren wurden eingehend erörtert. Der ersten knappen Forderung: „Korrektoren sind Gehilfen im Sinne des Tarifs“, lehnte die Prinzipale Widerstand entgegen, weil sie die außerhalb der Buchdruckerlehre beschäftigten Korrektoren nicht ohne weiteres unter das Tarifgesetz bringen wollten. Von Gehilfen Seite wurde sehr eindringlich auf die Auswüchse des von Verlegern, Adreßbuchverlegern usw. befülligen Vergebens der Korrekturen in Heimarbeit und zu Schundbüchern hingewiesen. Man fand dann nach längerer Auseinandersetzung die Fassung, daß alle Korrektoren, die ständig im Betrieb einer Buchdruckerlei beschäftigt sind, den tariflichen Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit und Entlohnung, unterliegen.

Dann handelte es sich um den Befähigungsnachweis. Schon auf dem Korrektorenkongress war auf die Schwierigkeit der Durchführbarkeit dieses Antrags hingewiesen worden; die Gehilfenvertretung im Tarifausschuß hatte gleichfalls starke Bedenken geäußert. In der Kommission erkannten die Prinzipale wie Gehilfen die Notwendigkeit einer besseren Auslese für den Korrektorenberuf an, die Prüfung wurde aber als undurchführbar fallen gelassen. Dagegen wurden als Voraussetzungen für ordnungsgemäße Arbeit das Fernhalten sorgfältiger Sörungen, ein ruhiger, heller Arbeitsplatz und die Bereitstellung entsprechender Nachschlagewerke bezeichnet. Damit ist eine alle Forderungen der Korrektoren erfüllte, die der großen Mehrzahl zum Nutzen gereichen wird. Auf Antrag der Prinzipale mußten sie allerdings auch die „Verantwortlichkeit“ („Safung“) wünscheln die Prinzipale in Kauf nehmen, die sie ja tatsächlich auch heute schon zu tragen haben.

Auf einer zahlenmäßigen Feststellung der Arbeitsleistung konnten die Korrektorenvertreter nicht bestehen, weil die von den Prinzipalen vorgeschriebenen Beispiele zeigten, daß damit auch sehr leicht eine Schädigung der Korrektoren eintreten könnte. Die Entlohnungsfrage gab zu einem längeren Meinungsaustausch Anlaß. Zur Anerkennung der Forderung, daß der Korrektor grundsätzlich über das ortsübliche tarifliche Minimum zu entlohnen sei und einen Zuschlag von mindestens 25 Proz. zu erhalten habe, wollten sich die Prinzipale keinesfalls herbeilassen. Sie erkannten aber an, daß die Arbeit des Korrektors eine schwerere und verantwortungsvollere sei, was auch in der Bezahlung zum Ausdruck kommen müsse.

Auf Antrag eines Leipziger Prinzipalsvertreter wurde eine Bestimmung über das Berechnen eingefügt. Die Prinzipale vertraten zwar gegenüber den Einwendungen von Gehilfen Seite ebenfalls die Ansicht, daß das Berechnen im allgemeinen wohl nicht möglich sei; es solle aber da, wo es bereits bestehe und durchführbar sei, nicht unterbunden werden, zumal die jetzt berechnenden Korrektoren sich auf dabei finden und es nicht befristigt wünscheln. So fand die Bestimmung Aufnahme, wurde aber sofort von der gesamten Gehilfenvertretung scharf bekämpft. Erst in der zweiten Lesung im Plenum gelang es, die Berechnung wieder auszumerzen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Baugen. Trotz kalten, unfreundlichen Wetters, ungünstiger Zugerbindungen und Verspätungen hatte sich die am 13. November hier abgehaltene Bezirksversammlung eines sehr guten Besuchs zu erfreuen, eine Tatsache, die namentlich im Hinblick auf den am Bezirksvorort oft zu rügenden unbefriedigenden Versammlungsbesuch als ein „freudiges Ereignis“ gebucht zu werden verdient. Es waren alle Orte des Bezirks Baugen vertreten. Im Mittelpunkt des Interesses stand ein Referat unseres neuen Bauvorsitzers Freitag (Dresden), der erstmalig als solcher an diesem Tag in unserer Mitte weilte, über „Gewerkschafts- und Gewerbetragen“. Redner behandelte in reichlich anderkennbarfindenden feisenden Ausführungen hauptsächlich die Frage, welche Arbeiterbewegung, die politische oder die gewerkschaftliche, in heutiger Zeit wohl geeignet sei, wirklich fruchtbringende Arbeit für die Arbeiterklasse zu leisten und uns aus dem Chaos der Gegenwart herauszubringen, beleuchtete dabei auch die nicht immer einwandfreie Taktik und Kampfesweise der Opposition innerhalb unseres Verbandes, bezeichnete die in letzter Zeit wiederholt durchgeführten wilden Streiks der Gemeinde- und Glaserarbeiten in verschiedenen Orten Sachsen und Berlin als bedauerliche, der arbeitenden Bevölkerung immer wieder neue Wunden schlagende Entgleisungen. Zum Schluß kam Redner auch auf unsere Tarifverneuerungsverhandlungen und unsere jüngste durchaus unbefriedigende Teuerungszulage zu sprechen. Mit einem Appell, in Ruhe und Entschlossenheit und mit Vertrauen auf die Führer den weiteren Gang der Verhandlungen zu verfolgen, schloß der Redner seinen sachlich und verständlich gehaltenen Vortrag, dem die Zuhörerschaft mit aufmerksamem Interesse gefolgt war und mit lebhaftem Beifall besetzte. In der Aussprache legte Bezirksvorsitzender Tages in längerer Rede dar, wie alle gewerkschaftliche Entwicklung und Arbeit heute besonders beeinflusst würde durch die inneren parteipolitischen Auseinandersetzungen einerseits und durch den internationalen volkswirtschaftlichen Bankrott andererseits. Durch Regenerierung einiger örtlicher Vorkommnisse, die eine bedauerliche, unkollegiale Handlungsweise seitens einiger Kollegen dar-

stellen, führte Redner Beweis dafür, daß die Gehilfenchaft mit Schuld daran sei, wenn den Gehilfenvertretern bei den letzten Teuerungsverhandlungen besondere Schwierigkeiten erwachsen sind, und wenn der Widerstand der Prinzipale gegen eine materielle Besserstellung der Gehilfen andauernd ein hartnäckiger bleibe. Um wieder vorwärtszukommen und mit der übrigen Arbeiterchaft, die uns überflügelt habe, im Erreichen der sozialen Ziele gleichen Schritt zu halten, sei es unbedingt notwendig, daß alle Kollegen, und besonders die Betriebsobleute, mehr als bisher sich mit der Idee und den Zielen der modernen Arbeiterbewegung befassen. Kollege Wiesner erhob Beschwerde darüber, daß es heute sogar noch Kollegen gebe, die den Achtstundentag noch nicht einmal zu würdigen wissen. In seinem Schlusswort empfahl Kollege Freitag, gegen solche Zustände energisch vorzugehen, und ermahnte die Kollegen, den Erfordernissen der Zeit Rechnung zu fragen, Einigkeit zu pflegen und die Maßnahmen ihrer selbstgewählten Führer durch entsprechendes Verhalten zu unterstützen. Einstimmig wurde sodann noch beschlossen, sich der von der Mitgliebschaft Dresden tagsvorher gefassten Profestresolution gegen die völlig unzureichende Teuerungszulage, die namentlich der Gehilfenchaft in der Provinz den mit Recht erwarteten Ausgleich nicht gebracht habe und außerdem eine durch nichts zu begründende Verlecherung für die kurzarbeitslose, anzuschließen. Mit einem kernigen Schlusswort des Vorsitzenden erfolgte Schluss der sachlich und anregend verlaufenen Versammlung. — Der hierorts gegründeten Lehrlingsabteilung haben sich sämtliche Lehrlinge am Ort angeschlossen. Leiter der Abteilung ist Kollege Köhler.

Berlin. (Schriftgänger.) In der Versammlung vom 25. Oktober wurde bekanntgegeben, daß das Tarifamt am 26. Oktober zusammentritt und die zurückgestellten Anträge zu beraten hat. Wegen Überhäufung der Arbeiten wurde Kollege Nischmann provisorisch angestellt, um dieselben zu erledigen. Am 5. November wurde der Bericht von der Tarifkommission und Ausschubstiftung entgegengenommen. Ferner wurde das Lohnabkommen bis 30. November verlängert und ein neuer Antrag zur Erhöhung desselben von 15 Proz. angenommen. Die großen Differenzen der Verdienste innerhalb einer Firma gehen dem Vorstande Veranlassung zur Prüfung der Ursachen. Die Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß eine gerechtere Verteilung der Arbeiten angestrebt werden müsse. Ferner vertrat der Vorstand die Auffassung, daß im Interesse der Arbeitlosen ein Konditionswechsel nur mit Genehmigung der Organisationsleitung stattfinden dürfe. Hieraus sich ergebende Meinungsverschiedenheiten zwangen den Vorstand zur Stellung der Vertrauensfrage, welcher von der Versammlung mit großer Mehrheit zugestimmt wurde.

Gr. Chemnitz. Seit Ende September besteht auch hier eine Lehrlingsabteilung. Zeitlos sind die Jungmannen unserm Ruf gefolgt. In der konstituierenden Versammlung, wo die Eltern und ein Teil der Kollegenschaft anwesend waren, gab Kollege Dähnle die Richtlinien der neugeschaffenen Lehrlingsabteilung bekannt. Es herrschte unter der Jungmannschaft eine Begeisterung, andererseits die Gehilfenchaft ein Beispiel nehmen konnte. In der ersten Versammlung sprach Kollege Dähnle über „Merden und Stand unser Organisation“, dabei die ideale Seite unserer Skizzen besonders betonend und zum Schluß als Ausblick die jungen Leute ermahnd, daß sie sich die „Alten“ jederzeit zum Vorbild dienen lassen sollten. Vor allen Dingen sei es aber Pflicht der Lehrlinge, sich beruflich zu tüchtigen Fachmännern zu entwickeln, wollten sie später einmal als würdige Träger unsers Gewerbes gelten. Auch in dieser Versammlung herrschte eine Begeisterung, die dem Vorstande Lust und Liebe zu dieser von unsrer Organisation ins Leben gerufenen Lehrlingsabteilung gibt. Am 4. Dezember wird Kollege Drechsler einen Vortrag halten über das Thema: „Wie ein Buch entsteht“.

Darmstadt. Am 11. November fand im „Gewerkschaftsraum“ eine überaus zahlreich besuchte Bezirksversammlung statt. Zwei Kollegen wurden in den Verband aufgenommen. Unter „Mitteilungen“ gab Vorsitzender Bahler bekannt, daß bei der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft ein Streik ausgebrochen ist und ein Kollege (Billeidrunder) sich bei den Ausständigen befindet. Vor Annahme eines Engagements wurde gewarnt. Zu Gewerbegegrüßten wurden zwei Kollegen gewählt. Über die Tarifverhandlungen referierte Kollege Bahler. Über die unzureichende Teuerungszulage waren die Kollegen sehr entrüstet. Der einstimmige Beschluss der Versammlung ging dahin, daß die Zulage von 20 Mk. unannehmbar sei. Dem noch folgenden Tarifausschuß wurde davon telegraphisch Kenntnis gegeben. Unter „Verschiedenem“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt.

Frankfurt. Die Versammlung am 10. November, die von über 400 Kollegen besucht war, befaßte sich mit der vom Tarifausschuß bewilligten Teuerungszulage. Der Versammlungsverlauf war der Höhe der Zulage entsprechend sehr erregt. Eine große Anzahl derjenigen Kollegen, die glauben, durch die nach so langer Zeit endlich zu gewöhnliche Zulage bei der niedrigen Entlohnung gemachten Schulden einigermassen fügen zu können, haben sich bitter entäußert, zumal die Prinzipalität am höchsten Orte sich nicht zu einer Beschallungsbeihilfe aufschwingen konnte, die jetzt zu gestandene Erhöhung aber noch nicht einmal für den gestandenen Steuerabzug reicht. Mehr soziales Empfinden der Unternehmer für ihre Gehilfen hätte erwartet werden dürfen. Wie die Möglichkeit einer Durchhaltung den Winter über gegeben sein soll, ist undenkbar. Deshalb stand die Versammlung auch einmütig auf dem Standpunkt, eine sofortige Erhöhung von dem noch folgenden Tarifausschuß telegraphisch zu verlangen, um die äufferst

erregte Gehilfenschaft vor einer Selbsthilfe zu bewahren. Die neue Zulage soll jedoch unter Protest vorläufig bis zur weiteren Entscheidung angenommen werden. Nachstehende Entscheidung, die telegraphisch dem Tarifausschuss übermittelt wurde, fand einstimmige Annahme: „Die heutige große Buchdruckerverammlung in Karlsruhe nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der beschlossenen unzureichenden Steuerungszulage. Die Versammlung verlangt sofortige neue Beschlüsse, um die Kollegenchaft von Selbsthilfe zurückzuführen. Die Annahme ist nur möglich, wenn die Steuerungszulage oder die Grundbedürfnisse entsprechend den Steuerungsverhältnissen erhöht werden. Weiterhin wird energischer Protest gegen die Verabfolgung der Kurzarbeiterentschädigung erhoben und Verwahrung gegen das Verhalten des Tarifamtssekretärs Schliebs eingelegt!“

Kassel. In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung nahmen am 13. November die Kasseler Buchdrucker Stellung zu der neuen Steuerungszulage. Um es gleich vorweg zu sagen: es herrscht eine tiefgehende Erregung unter der Gehilfenschaft über die angeführten ungeborenen Verteuerung geradezu lächerlich geringe Zulage. Das ist ohne weiteres verständlich, wenn man bedenkt, daß für Kassel der Tariflohn in der höchsten Klasse bisher 213,94 Mk. betrug, der nur bei einem Teile der Gehilfen um höchstens 3-5 Mk. überschritten wird. Das mit einem so niedrigen Wochenlohn kein Gehilfe eine Familie ernähren, geschweige denn auch noch kcheiden kann, bedarf gar keiner Worte. Trotz dieser unbefriedigenden Tatsache haben die Unternehmer es fertig gebracht, zunächst überhaupt jede Zulage rundweg abzulehnen, und erst nach länger als eine Woche dauernden Verhandlungen, die bereits einmal vor dem Abbruch standen, und in die auch das Reichsarbeitsministerium auf Eruchen der Gehilfen bereits eingegriffen hatte, kam die oben mitgeteilte Vereinbarung zustande. In der Versammlung machte sich nun die Empörung der Gehilfen elementar Luft. Die Zulage wurde durchweg als direkte Verhöhnung der Notlage der Gehilfenschaft bezeichnet. Bisher, so wurde ausgeführt, hätten die Buchdrucker alle ihre Kräfte angepannt, um durch technische Fortbildung auf eigene Kosten das Gewerbe zu heben, wozu in erster Linie die Unternehmer Vorkurs hatten. Den Gehilfenvertretern wurde ganz ungeschminkt bedeutet, daß man es nicht verstehen könne, wie sie solchen Abmachungen zustimmen könnten. Die einzig mögliche Antwort sei strikte Ablehnung gewesen. Wenn es nicht anders gehe, dann müßten sich die Buchdrucker eben einen einigermäßen auskömmlichen Lohn erkämpfen. So wie bisher könne es nicht weiter gehen. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen: „Die im Verbands der Deutschen Buchdrucker organisierte Gehilfenschaft Kassel's nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Ausfalle der Steuerungszulagen. Diese Sätze tragen der Notlage der Gehilfenschaft in keiner Weise Rechnung. Aus schärfste naturellen sie das geringe Entgeltkommen der Unternehmer und verlangen von den Gehilfenvertretern, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß diese Abmachungen sofort gekündigt werden und der neue Tarif eine Fassung erhält, die den deutschen Buchdruckergehilfen und ihren Familien ein einigermäßen menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Einem Tarif, der den Forderungen der Gehilfenschaft nicht gerecht wird, können die Kasseler Buchdrucker niemals ihre Zustimmung geben, da es unmöglich ist, mit einem wöchentlichen Verdienste von rund 234 Mk. leben zu können. Ganz besonders wird bedauert, daß man auch den Kurzarbeitern noch durch Verabfolgung der Entschädigung schweren Schaden zugefügt hat. Die Kasseler Buchdrucker erklären einmütig, daß sie einer derartig unbefriedigenden Abmachung weder jetzt noch in Zukunft ihre Zustimmung geben können.“

S. Köln. In der gutbesuchten außerordentlichen Hauptversammlung am 6. November widmete Kollege Ransenberg zwei verkörbten Kollegen einen Nachruf und die Versammlung ehrte deren Andenken. Hierauf berichtete Kollege Ransenberg über die Rheinlandfrage und teilte u. a. mit, daß es auch heute noch Arbeiter gebe, die für 50 Pf. ihre Unterfrisch verkaufen. Redner empfahl der Versammlung folgende Entscheidung, die einstimmig Annahme fand: „Die am 6. November tagende Hauptversammlung des Ortsvereins Köln des Verbandes der Deutschen Buchdrucker verfolgt mit Entrüstung das Treiben der Smeels, Dorlen und Koniorlen auf Loslösung der Rheinlande vom Reiche. Die Kölner Buchdrucker fühlen sich eins mit der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands. Sie verzichten auf Vorteile, die nur auf Kosten der übrigen darbenenden Arbeiter Deutschlands möglich sind, und beauftragen die Verbandsleitung, im Falle eines aktiven Vorgehens der Separatisten, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden.“ Ausgenommen wurden sechs Kollegen. Nachdem die Aufstellung der Kandidaten zur Neuwahl des Vorstandes erfolgt war, machte Kollege Ransenberg auf die VTB-Mitteilung in der Presse aufmerksam, wonach der Tarifauschub 10, 15 und 20 Mk. Steuerungszulage bewilligt habe. Es erhob sich daraufhin ein Sturm der Entrüstung. Die grobe Unzufriedenheit kam in beredten Worten zum Ausdruck. Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wurde eine Entscheidung, in der 360 Mk. Wochenlohn verlangt werden, einstimmig angenommen. Nach erfolgter Wahl einer Neuwahlkommission, die sofort mit dem Prinzipalsverein in Verbindung treten sollte, um in Verhandlungen einzutreten, verlangten einige Redner, den Prinzipalen bis Montag, 8. November, vormittags 11 Uhr, ein Ultimatum zu stellen, und zwar durch die Betriebsräte und Vertrauensleute, und bei Nichtbefriedigung der Forderung die Arbeitskräfte zu verlassen; letzteres Ultimatum wurde abgelehnt und nach einer längeren Aussprache beschlossen, den Verhandlungsweg einzuhalten.

S. Strefeld. Eine allseitige Wunsch am 14. November einberufene allgemeine Buchdruckerversammlung des Tarifschiedsgerichtsbezirks Strefeld, die aus allen in Betracht kommenden Orten sehr gut besucht war, nahm Stellung zum Ergebnisse der bisherigen Kreisverbandlungen und der Tags vorher in Köln abgehaltenen Kreisamts-sitzung. Nach lebhafter Aussprache erklärte man sich in einer gegen eine Stimme angenommenen Resolution mit der Reichsteuerungszulage und der erhöhten Belohnungszulage nicht zufrieden und forderte die nochmalige Einberufung der Kreisamts-sitzung innerhalb drei Tagen.

Bzgh (Ostpr.). Am 11. November abgehaltene Versammlung befahte sich mit der Stellungnahme zu den letzten Steuerungsulagen. Große Enttäuschung hat diese Zulage gebracht; um so mehr, wenn man den Zeitunterschied zwischen Ablauf der alten und Einführung der neuen Zulage betrachtet — das Elend der Kollegen schreitet weiter! In einer einstimmig angenommenen Resolution wird betont, daß der geringe Betrag der neuen Steuerungsulage durchaus nicht den weiter gestiegenen Lebensbedürfnissen entspricht und der erbosten Aufseherung in keiner Weise gerecht wird. Gerade unsre Provinz hat infolge der Abschmürung und des hier herrschenden Schieberlums unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen zu leiden und bedarf einer größeren Verbesserung. Zur Beseitigung über Mittel und Wege für eine Besserstellung der Buchdruckergehilfen beantragte der Ortsverein Ostpr. beim Gauvorstande die Einberufung einer Ortsvorsitzerkonferenz, auf der dann auch gleichzeitig die Bezirks-einstellung vorgenommen werden könnte. Vorstehender Buchsticker erstellte weiter Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschafts-Karlsruhe. Das Karstell ist bestrebt, in Gemeinschaft mit dem Karstell der Beamten und der Angestelltenorganisation demnachst einen Konsumverein zu gründen. Weiter ist noch die Errichtung einer Schlichterei und Bäckerei zu erwarten, die später mit dem Konsumverein verschmolzen wird. Von Seiten des Magistrats ist weitgehende Unterstützung dieser sozialen Einrichtung zugefagt und man hofft, der grenzenlosen Übersteuerung dieser Lebensbedarfsartikel dadurch entgegenzutreten, gleichseitig aber auch die arbeitslosen Handwerker zum Teil beschäftigen zu können. Eine Aussprache über die neue Bezirks-einstellung, Festlegung der Bezirksbeiträge usw. bildete den Schluß der gutverlaufenen Versammlung.

Meiße. Am 5. November fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, die sich hauptsächlich mit den neuen Steuerungsulagen und den tariflichen Mißverhältnissen hier am Orte befahte. Zu ersteren mußte festgestellt werden, daß dieselben den größten Teil der Kollegen nicht befriedigten. Bei der Erörterung der tariflichen Verhältnisse wurde das unökone Verhalten der Prinzipale Neumann, Kahner und Bieweger scharf geißelt. Ersterer entließ einen eben erst ausgebildeten Gehilfen und an seine Stelle kam ein Lehrling, der das dritte Jahr lerni, an die Maschine. Herr Kahner hält sich entgegen den gesetzlichen Vorschriften für berechtigt, Buchdruckerlehrlinge auszubilden, obgleich er kein Fachmann ist. Herr Bieweger, der nebenbei auch Prüfungsbeisitzer ist, glaubt, durch eine hohe Bezahlung des Betriebrentablers zu gestalten. Eine dort schon seit längerer Zeit ausgebildete hat sich im letzten Moment von der Ablegung der Prüfung zurückgezogen. Auch in dieser Druckerlei ist kein Maschinenmeister beschäftigt. Alle drei genannten Herren sind nicht gelernte Buchdrucker, sondern Lithographen. Der Bezirks- wie Ortsvorstand werden daher energische Schritte unternehmen, diese Mißverhältnisse zu beseitigen.

Neubrandenburg (Meidb.). Unsere Versammlung am 6. November erfuhr sich eines sehr zahlreichen Besuchs. Der Vorstehende sprach zunächst über die Bedeutung des Betriebsrats bzw. des Betriebsobmanns in den Buchdruckerereien. Die Versammlung war mit den Ausführungen des Referenten völlig einverstanden, die darin spitzelten, daß unter bisheriges Vertrauensmännerystem dem Betriebsobmann ebenbürtig an die Seite zu stellen ist, daß jedoch nach Wahl eines Betriebsobmannes ein Druckertrusteuremann überflüssig sei. Zum zweiten Tagesordnungspunkt: „Lehrlingsordnung und Lehrlingsorganisation“, wurde mitgeteilt, daß sämtliche Lehrlinge der Lehrlingsabteilung begetreten sind und daß ihnen auch alle sich aus der Lehrlingsordnung ergebenden materiellen und ideellen Vergünstigungen zuteil werden. Als Leiter des Lehrlingsvereins wurde Kollege Pantkow gewählt. Hierauf erstellte Kollege Dühring einen eingehenden Bericht von der letzten Sitzung des Gewerkschafts-Karlsruhe. Nachdem es in letzter Zeit fast den Anschein hat, daß durch Partei- und persönliche Streiftigkeiten die positive gewerkschaftliche Arbeit im Karstell ganz unterbunden werde, ist hierin nach den Ausführungen des Berichterstatters in letzter Zeit eine wesentliche Besserung eingetreten. Eine längere Aussprache rief noch der Punkt: „Unsre neue Steuerungsulage“ hervor. Die Versammlung bewachte allgemein, daß die zugestandene horge Steuerungsulage nur auf Kosten der Verützuarbeitenden hat durchgedrückt werden können, obgleich anerkannt wurde, daß die Gehilfenvertreter für die Provinzkollegen diesmal sehr energisch eingetreten sind. Nachdem noch beschlossen worden war, an einem der nächsten Sonntage gemeinsam mit den Lehrlingen die städtische Kunst- und Gemädelammlung zu besichtigen, erreichte die äußerst anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Reumünster i. S. In einer am 13. November einberufenen Protokollversammlung wurde eine Entscheidung einstimmig angenommen, in der zwar anerkannt wird, daß die Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen über die Steuerungsulagen ihr möglichstes verucht haben, daß man jedoch mit der erreichten Steuerungsulage durchaus nicht zufrieden sein kann. Die bewilligten Sätze entsprächen

nicht im geringsten den jetzigen Steuerungsverhältnissen. Bei den immer noch steigenden Lebensmittelpreisen sei die Festlegung bis zum 31. März 1921 entschieden zu verwerfen. Es wird verlangt, die Abmachungen über die neue Steuerungsulage sofort zu kündigen.

Sonneberg (Schr.). Die am 14. November abgehaltene Versammlung war vollständig besucht und nahm trotz der reichhaltigen Tagesordnung einen verhältnismäßig raschen Verlauf. Nachdem der Kassen- und Karstellbericht gegeben worden war, wurde auch Stellung zu der neuen Steuerungsulage genommen, die auch hierorts kein befriedigendes Resultat zeitigte. Es gelangte aus der Mitte der Versammlung heraus eine Resolution zur einstimmigen Annahme, derzufolge sich der Ortsverein Sonneberg einmütig auf den Standpunkt stellt, daß die neue Zulage als völlig unzureichend zu betrachten ist und nicht im engeren Sinne den täglich im Preise steigenden Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen gerecht wird. Die Mitgliebschaft spricht ihr helles Bedauern über die sich dadurch offenbare Unkenntnis der Prinzipalsvertreter aus, die wiederum bewiesen haben, daß sie die Notlage ihrer Gehilfen nicht kennen oder kennen wollen. Die Gehilfenvertreter werden aufgefordert, das neue Abkommen sobald als möglich einer Revision zu unterziehen. — Später fand eine Versammlung der Lehrlinge statt, denen der Vorsitzende den Zweck und die Bedeutung der Lehrlingsorganisation vor Augen führte. Nach beherzigenswerten Worten an die Lehrlinge wurde zur Wahl eines Lehrlingsausschusses geschritten, der aus vier Lehrlingen besteht. Aus sehr erfreulich ist zu bezeichnen, daß 18 Jungbuchdrucker der hiesigen Lehrlingsabteilung beitraten.

r. Straßburg. In unsrer Versammlung am 6. November wurde nach Entgegennahme des Kassen- und Karstellberichts und Erledigung einiger interner Angelegenheiten einstimmig beschlossen, an Stelle der vom Bezirksvorstand vorgeschlagenen Vertrauensmännerkonferenz eine Bezirksversammlung stattfinden zu lassen. Im weiteren Verlaufe der Debatte kam das Thema Preisunterbietungen eingehend zur Sprache. Es zeigte sich, daß von einer auch nur annähernden Einheitslichkeit in der Preisgestaltung keine Rede sei, trotzdem sämtliche Firmen tariffrei sind. Um dem Ubel der Preisüberhöhung und auch dem Abwandern der Druckaufträge nach außerhalb entgegenzutreten, wurde eine Kommission gewählt, die mit dem Magistrat wie auch mit den Prinzipalen in Verbindung treten wird. Daß vielfach Großbuchdrucker billiger liefern als die hiesigen Firmen wurde mit Bedauern zur Kenntnis genommen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. Die „Norddeutsche Volksstimme“ in Bremerhaven bewilligte ihrem Personal eine Wirtschaftsbeyhilfe von 500 Mk. und ab 1. November statt 20 Mk. Steuerungsulage 50 Mk. wöchentlich. Die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge erhielten je 10 Proz. der Wirtschaftsbeyhilfe und der Steuerungsulage. — Die Geschäftsleitung der Druckerlei „Der Gesellige“ in Schwelm bewilligt überreiche einem Maschinenleger anlässlich seiner 25jährigen Geschäftszugehörigkeit den Betrag von 500 Mk.

Für rühmende Kollegen. Die Ortsvereine Meile i. S. und Bremerhaven gewähren den durchreisenden Kollegen einmaliges freies Nachquartier.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Heilbronn legte Kollege Friedrich Kommer (Bradenheim) die Meisterprüfung ab; ferner der Stereotypur Walter Morge vor der Leipziger Gewerbeammer.

Zur Vergebung städtischer Druckachen in Köln. Eine Versammlung der Kölner Buchdruckergehilfen befahte sich u. a. auch mit der von der Stadt Köln geübten Vergebung der städtischen Druckachen, die an einzelne Firmen übertragen werden, während die große Mehrzahl der in Köln vorhandenen etwa 200 Buchdruckerereien bei der Vergebung der städtischen Druckachen vollständig unberücksichtigt bleibt. Die Versammlung beauftragte einstimmig die zum Zweck einer gerechteren Verteilung der städtischen Druckachen gebildete Kommission, energische Schritte zu tun, um die Stadt zu veranlassen, daß die städtischen Druckachen soweit als möglich durch Vermittlung der Geschäftsstelle des Bezirksvereins Köln des Deutschen Buchdruckervereins an die in Köln ansässigen Firmen nach Maßgabe ihrer Größe und Leistungsfähigkeit verteilt werden. Die „Rheinische Zeitung“ bemerkt zu dieser Mitteilung, daß auf Anregung von sozialdemokratischer Seite auch Vertreter der Gehilfenschaft zu der betreffenden Kommission zugezogen werden sollen.

Neuerung der Zuschläge im Leipziger Buchhandel. Eine außerordentliche Hauptversammlung des Vereins der Buchhändler zu Leipzig faßte den Beschluß, auf Grund der von Vorstand des Börsenvereins deutscher Buchhändler im Oktober veröffentlichten Notstandsordnung im einzelnen folgende Zuschläge zu erheben: 1. Auf alle Bücher unter 100 Mk. Verkaufspreis, bis einschließl. 1920 erschienenen oder ohne Jahreszahl: 10 Proz. Steuerungsulage, keine Beförderungsgeld; 2. auf alle Bücher im Preise von 100 Mk. und mehr: kein Steuerungsulage, 10 Proz. Beförderungsgeld; 3. auf sechs Sammlungen: kein Steuerungsulage, 10 Proz. Beförderungsgeld; 4. auf die Neuerwerbungen und Neuauflagen mit der Jahreszahl 1921 u. f. auf dem Titelblatt: kein Steuerungsulage, 10 Proz. Beförderungsgeld; 5. bei Lieferungen an Bibliotheken mit einem Vermehrungsfakt von mindestens 10000 Mk. wird nur ein

Teuerungszuschlag von 10 Proz. erhoben, soweit ein solcher nach Abschnitt A der neuen Vollstandsordnung vom 5. Oktober 1920 vorgeschrieben ist; 6. auf alle Zeitschriften: kein Teuerungszuschlag, 10 Proz. Bezugszuschläge; 7. Musikalien werden verkauft nach den Bestimmungen des Vereins der deutschen Musikalienhändler; 8. alle Schulbücher bleiben ohne Teuerungszuschlag und ohne Bezugszuschläge. Diese Bestimmungen treten mit der Veröffentlichung in Kraft und gelten für alle Mitglieder des Vereins bei Verkäufen an die Leipziger Kundenschaft. Lieferungen nach auswärts haben jeweils gemäß den Bestimmungen des betreffenden Kreis- oder Ortsvereins zu erfolgen, die für den Wohnort des Adressanten Gültigkeit haben.

Die Calwerische Statistik für Oktober 1920. Die „Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise“, zusammengestellt und bearbeitet im Wirtschaftsstatistischen Bureau von Richard Calwer (Berlin W 50, Prager Straße 30) stellen fest, daß der Monat Oktober d. J. im Zusammenhange mit dem teilweise Abbau der Zwangswirtschaft eine ganz ungewöhnliche Steigerung der Lebensmittelpreise gebracht hat. Es erhöhten sich nach den bekannten Berechnungen auf der Grundlage einer dreifachen Wochenration eines deutschen Marinefeldates die Kosten der Ernährung einer verköpften Familie für eine Woche von 273,95 Mk. im September auf 232,20 Mk., also um 52,25 Mk. Durch diese Steigerung stellt sich nunmehr die Calwerische Indexziffer im Reichsdurchschnitt (nach zuverlässigen Erhebungen aus rund 200 deutschen Städten verschiedener Größe und Lage) auf das Dreizehnfache der Friedenszeit. Für die einzelnen Monate seit Anfang 1914 verzeichnet die Calwerische Statistik folgende Ziffern:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Januar	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50	63,65	130,65
Februar	25,24	31,49	43,40	54,15	56,47	64,93	147,65
März	25,08	32,90	48,47	54,69	57,00	67,30	167,60
April	24,96	34,41	51,78	54,81	57,13	69,65	189,78
Mai	24,70	36,49	52,29	54,58	57,30	73,70	229,63
Juni	24,73	37,36	52,61	54,34	57,60	78,65	232,15
Juli	25,12	38,16	53,47	55,26	58,11	82,21	252,38
August	26,41	39,13	53,53	54,67	59,43	85,45	281,38
September	26,14	39,93	53,55	57,37	60,84	95,67	273,95
Oktober	27,09	41,90	53,50	54,79	61,80	100,83	332,20
November	27,86	38,86	52,92	55,49	62,49	108,83	—
Dezember	28,72	39,33	53,21	54,49	62,96	114,65	—

Lebenshaltungskosten im 1. November 1920 nach Dr. Elias. Eine ganz außerordentliche Steigerung der wöchentlichen Kosten der Lebenshaltung für eine verköpfige Familie vom September bis 1. November d. J. stellt auch der Wirtschaftsstatistiker Dr. Elias in Frankfurt a. M. fest. Die Grundlagen dieser Statistik sind mehr wissenschaftlicher als praktischer Natur und verfolgen ein sogenanntes Relativitätsverhältnis der verschiedenen Ausgabenposten für die wöchentliche Lebenshaltung einer verköpfigen Familie durch alle Schwankungen hindurch festzuhalten. Die unterste Staffel stützt sich auf die Calwerische Indexziffer mit 26,5 am 1. Januar 1914 für Frankfurt a. M. Genauere Untersuchungen über das Verhältnis der Ausgaben für Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung sowie Verschiedenes ergaben dann auf dieser Grundlage für den 1. April 1919 die Ziffer 100, wozugehen für den gleichen Zeitpunkt die Calwerische Indexziffer für Frankfurt a. M. auf 80,8 stellte. Dr. Elias teilt die von ihm für den Stand vom 1. April 1919 angenommene Zahl von 100 in das Verhältnis von 60 (Lebensmittel), 17 (Kleidung), 8 (Wohnung), 5 (Heizung und Beleuchtung) und 10 (Verschiedenes). Bezüglich des Prozenzfußes für Lebensmittel nimmt er 10 Proz. mehr als Calwer an und nähert sich damit den Ansichten der amtlichen Konsumstatistik von Engel. Jedoch hält sich Dr. Elias in den Fortsetzungen dieser Statistik auch nicht an seine ursprünglichen Relativitätsverhältnisse, sondern erhöht oder senkt sie je nach der Marktlage, um einen anändernden Ausgleich mit Soll und Haben zu finden. So beträgt z. B. der Prozenzfuß der Kosten für Lebensmittel nach dem Stande vom 1. November nicht mehr 60, wie am 1. April 1919, sondern 73. Es ist also bei dieser Statistik jeder Posten mehr oder weniger variabel gehalten, je nach dem Geldwert. Dr. Elias stellt in dieser Hinsicht also nur fest, was durchschschnittlich ausgegeben wurde und nicht, was notwendig wäre, um die Lebenshaltung im allgemeinen auf gleicher Höhe wie vor dem Krieg oder am 1. April 1919 zu stabilisieren. Es zeigen sich daher bei seinen jeweiligen Endziffern keine so groben Defizite für eine verköpfige Familie wie nach den Calwerischen Ziffern, die sich behaupten nur auf die Preise für Lebensmittel erstrecken. Trotzdem haben auch die regelmäßigen Erhebungen Dr. Elias' durch die neuere Entwicklung der Preise für alle Bedarfsartikel des täglichen Lebens zu Endegegebnissen geführt, die das wach-

sende Elend immer deutlicher zeigen. Während z. B. die von Dr. Elias auf diese Weise ermittelte Indexziffer für den 1. September d. J. 281 beträgt, hat sie sich bis zum 1. November 1920 auf 316 erhöht. Gegenüber dem Stande vom 1. Januar 1914 mit 26,5 ist demnach eine Steigerung um 1093 Proz. zu verzeichnen, während die Calwerischen Indexziffern für den gleichen Zeitraum eine Erhöhung um 1199 Proz. ergeben. Der Unterschied in den Endresultaten ist also äußerlich nicht sehr erheblich.

Briefkasten

F. B. in A.: Bei dieser Frage ist vor allem ausschlaggebend, wie die betreffende Firma sich gegenüber ihrem Personal verhält. Lassen in die der Richtung die Verhältnisse zu wünschen übrig, dann wäre die Möglichkeit gegeben, in der von Ihnen gewünscht die Hilfe vorzugeben. In Wirklichkeit haben wir jedoch schon öfter festgestellt können, daß je höher die Lohnempfehlung, desto richtiger sei die Behandlung der Arbeiter. Außerdem kommt im vorliegenden Falle noch in Betracht, daß die verzeichneten Preise nach dem zuständigen La ist nicht ohne weiteres umzu setzen sind. — **F. B. in Dresden:** Der Bericht über die Verleihungsveranlassung erscheint im „Gangbuchdrucker“. Der „Storr“ ist allgemein sehr genau mit Verleihungsberichten besetzt. — **G. Sch. in Göttingen:** Wie vorliegend. — **F. G. in B.:** Vielen Dank für Hinweis. Die Nummer ist in unsem Behälter. Freundl. Gruß. — **H. G. in Berlin:** Wir sind durchaus sehr Aufpassen und haben bisher unter möglichsten gelassen, das Übel zu mildern. Interpunktionszeichen verwenden wir in Überschriften seit langem nicht mehr. — **A. B. in Wismar:** 9 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Wau Rheinland-Westfalen. (Nach dem zweiten Gauvorleser — Stichwahl.) Abgegeben wurden 5068 gültige Stimmen; davon erhielten die Kollegen Georg Böhm (Bielefeld) 3758 und Joseph Reicher (Düsseldorf) 1310 Stimmen. Erstgenannter Kollege ist somit gewählt.

Veranstaltungskalender

Dresden. Versammlung Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, in den „Münchenern“, Friedrichstraße 10.
Frankfurt. M. Maschinenbau-Vereinigung Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Kampfbüro“, Mainkai 33.
Waldenburg i. Schl. Versammlung aller im graphischen Gewerbe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen Sonntag, den 28. November, vormittags 9 Uhr, im „Eisernen Kreis“ in Waldenburg.

Zarifkreis II

(Rheinland-Westfalen und Birkenfeld).

Donnerstag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“ zu Köln, Severinstraße: 1560

Bearbeitung der tariffreien Gehilfen

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen des Tarifauschusses. 2. Aussprache.

Joseph Bertram, Gehilfen-Kreisstellvertreter.

Tüchtiger Sezerfaktor

oder langjährig bewährter erster Hilfssezer mit 14 Referenzen erster Häuser, für einen Qualitätsbetrieb im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sofort oder später gesucht. Es wird auf einen tüchtigen, zielbewußten und umsichtigen Herrn gesucht, der reiche Erfahrung und Intelligenz speziell für gute Werkverträge und Material für die Industrie besitzt und auf Grund seiner Kenntnisse dem Personal mit Takt und Energie sowie mit Rat und Tat zur Seite steht. Es wollen sich nur solche Bewerber melden, die den geforderten Anforderungen auch gerecht zu werden bestimmt in der Lage sind und einen für hinreichende Ausstellung von Zeugnissen und gute Aufschußgabe besitzen. Gest. Zuschriften unter Nr. 559 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger

Rinotypsezer

zu sofort gesucht. 1555
Volksdrucker, Göttingen,
Schillerstraße 10.

Zwei

Typographsezer

empfohlen, für „Unverfall B“ gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften umgeben an 1565
Hermanns Erben, Hamburg 36
(Ausgabe).

Tüchtiger Inkerator o. Hilfssezer zugleich toller Metzger, kann auch am Typograph A ausbilden, sucht sofort angenehme Veranlassung. 1569
Fritz Stapus, Oberstein (Nabe),
Amststraße 12.

Erfahrener

Rinotypsezer

langjährige Praxis, wünscht sich an große Zeitung in dauernder, gutbezahlter Stellung zu veranlassen. 1568
Herrn unter „Lino“ an P. Seinen,
M. Stadbach, W. Straße 13.

Junger, lediger, Hoffer 1562

Rinotypsezer

(Adal oder Müller) sucht sofort Stellung, gleich an welchem Ort. Angebote an S. Hüpner, Hamburg 31, Sellkamp 34.

Sezerstereotypsezer

für Rund und Flach, in der Stellung, eventuell auch als Sezer, gest. Angebote unter Nr. 571 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Leiffaden zum Aufbau der Jurisprudenz in allen Gradarten auf Schnellpresse u. Regel, geb. postfr. 3,20 Mk. 1560
Papageier-Zuteilung des Zinnober- und Zinnoberpulvers auf alle Papierarten, postfr. 2,30 Mk. b. Voranb.
Werkzeuge f. Drucker
preiswert vom Selbsthersteller. Vereinte erhalten Rabatt. Preisliste postfr. 1561
M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstraße 9. Postkassenkonto 15612. 1445

Elegante
Herrenanzüge
Wasser, Paletots
verf. wieder zu sehr bill. Preisen. Für Nichtpostende sende Geld zurück. Verlangen Sie gratis u. frei Katalog Nr. 12. Veranb. u. J. Müller, München, Tal 19.

Für die langen Winterabende
Jules Bernes Werke
25 Bände geh. für 100 Mk.
Werke von Dumas
8 stark eleg. geb. Bde. 160 Mk.
Graf von Monte-Christo, Folsenband, 20 Bände nachher, 10 Jahre später, Der Herr der Welt, Halbband der Königin, Joseph Balsamo. Gestatt. 10 Proz. Abz. monatl.
C. S. Otto & Co., Berlin-N. Tiergarten.

Druckmaschinen
Zachliteratur
für Maschinen- und Buchdruckerei wird billig abgegeben. Weiterhin bitten um Mitteilung, ob unter Nr. 564 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, worauf Näheres folgt.

Berliner Korrektorenverein
Sonntag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Altagendriestrasse 44:

Verammlung

Tagesordnung: 1. Neuannahmen. 2. Vortrag des Kollegen Grams: „Hans Gachs und die Messerlänger“. 3. Bericht über die Tarifverhandlungen. 4. Bericht über die Verlegung der Veranlassungen auf die Sonntagabende und auf den zweiten Sonntag im Monat“. 5. Verschiedenes, Sachreichen Bericht ernennt. 1567
Der Vorstand.

„Typographia“ Berlin
Die erste Probe der Kinder zum Weihnachtsspiel findet am Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, D. Straße, statt. 1567
Zahlreiche Beteiligung der Kinder erwartet
Der Vorstand.

Maschinenband
Friedensqualität, Heiern 1349
Beuner & Moll,
Lüpfeldorf, Graf-Wolff-Strasse 112.

Hohen Verdienst
kann sich jeder handlungsstarke Kollege leicht verdienen, erlich dem Betriebe unserer Ia-Druckerei widmet. 1530
Näheres gegen Rückporto durch M. Friebe, Leipzig-Göltzert, Altagendriestrasse 9.

Das sind wirklich praktische
Weihnachtsgeschenke!
Sezerblusen
gestreift Friedensqualität
100 110 120 130 cm lang
105 107 109 111 Mk.

Druckeranzüge
in guter, schwerer Qualität
Gr. 44 u. 46 48 u. 50 52 u. 54
Mk. 100 105 108
H. Hüner, 1506
Solsgetsmar bei Kassel.

Empfehle meinen Rauchtabak
zu höchsten
Milchschokolade in drei Sorten: Marke „Sionium“ 23 Mk., „Idea“ 25 Mk. und „Zufest“ 27,50 Mk., pro Pfd., ab 5 Pfd. Nachbestellen
Bestellungen
zu 2, 35, 40 und 45 Mk. pro 100 Stk., zu 32, 35, 40 und 45 Mk. pro 100 Stk., zu 100 Stk.

Tabakverwand Donius
München, Schwandlauer Straße 63.
Zurichtemesser und Scheren
Nadeln und Nähnadeln sowie alle Werkzeuge für Sezer und Drucker empfiehlt H. Stieg, München 9, Altagendriestrasse 1. Katalog 80 Pf.

Teilzahlung
Photo-Apparate
aller Art
Photogr. Artikel
Kataloge umsonst u. portofrei.
J. Nass & Co., Berlin P. 407
Bollo-Allianco-Str. 7-10.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Lustkulturdurch die
Kunstgewerbeschule Barmen.

Oux Beine
beliebig
schnell u. bequem Orthopädie
hochinteressante, reichhaltige
Prospekte umsonst.
Orthopädie-Verlag
Friedrichstraße 219

Kollegen! Sorgt dafür, daß
die von der organisierten
Arbeiterchaft ins Leben
gerufene
Volkstürforge
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche
Verleierungs-Aktionen erfolgreich
Hamburg 5
überall eingeführt wird.
Meldet Euch bei derelben
als Mitarbeiter und fordert
weitere Auskunft.

Tusche, Federn
Schriftvorlagen
Gute Fachbücher
Verlag des Buchhandelsverbands der
Deutschen Buchdrucker G. m. b. H.,
Leipzig, Salomonstraße 3 III (Mittelgeb.),
Postkassenkonto 53 430.

Für die Gehilfenprüfung
empf. geeignetes Fachlehrbuch. Graph.
Verl. St. Gieg, München 29. Katalog 50 Pf.

Verbandsnadel (B. d. G. B.) in echt
empfehl. A. Gieg, München 9. Email 5,50 Mk.

Am 21. November verstarb
nach längerem Leiden im Alter
von 51 Jahren unser lieber Kollege
der Sezer
Paul Böhme
1570
Seit zwei Jahrzehnten hat der
selbe unser Organisation ange-
hört. Die Kollegen werden in
ihm einen stets hilfsbereiten Man-
nen. Sein Andenken wird fort-
bestehen.
Ortsverein Buzgau.
Graphische Vereinigung.
Gesangverein „Typographia“.

Am 20. November verstarb
unser lieber Kollege
Bruno Kaniß
1568
an einem Lungenerkrankung, das er
sich im Felde zugezogen.
Ihre feinen Andenken!
Die Sezerkollegen der Firma
Gieseler & Dörrlich, Leipzig.

Am 20. November verstarb an
den Folgen einer Operation
unser lieber Kollege, Mitbegrün-
der des Ortsvereins und früheres
Vorstandsmitglied, der Sezer-
invalide
Martin Erdmann
1568
aus Erfurt, im 74. Jahre.
Wir werden seiner immer in
Ehren gedenken.
Ortsverein „Gutenberg“
Wismar 1. W.

Am 17. November verstarb
nach längerem, schwerem Leiden
unser lieber Kollege und Mit-
arbeiter, der Korrektor
Gustav Reinke
1563
im Alter von 75 Jahren. Ein
ehrenvolles Andenken bleibt ihm
in unserer Mitte dauernd gewahrt.
Die Kollegen und Mitarbeiter
der Firma G. Seifenfabr.
G. m. b. H., Göttingen.

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren
Anzeigen wollen Interessenten
den Vorzugspreis wegen den Betragen
mit beifügen; bei Beträgen unter einer
Mark Briefmarken, kein Stadtnote.
Geschäftsstelle des „Storr“.